

Arbeit & Wirtschaft

Herausgegeben von AK und ÖGB

www.arbeit-wirtschaft.at



Demokratie to go

Mehr Bewusstsein für die Macht, die vom Volk ausgeht – wie geht das?

Coverstory / 6

Den Kampf niemals aufgeben

Was ist eigentlich Wirtschaftsdemokratie und was macht Mitbestimmung im Betrieb aus?

Interview / 18

Etwas verändern wollen

Für Susanne Hofer ist Demokratie mehr als nur wählen zu gehen. Junge sollten ermutigt werden.

Reportage / 30

Gemeinsam für die anderen

Ein Lokalausweis bei Ehrenamtlichen in Betriebsrat, Rettung und Feuerwehr.



18

Interview

Demokratie ist für Susanne Hofer mehr, als zu einer Wahl zu gehen. Das Schlimmste, was Politik machen könne, sei, junge Menschen daran zu hindern, wenn sie sagen, sie wollen mitbestimmen.



30

Reportage

Sie engagieren sich bei der Feuerwehr, arbeiten als SanitäterInnen oder sind in der Nachbarschaftshilfe aktiv: die Ehrenamtlichen. Warum ihre Arbeit für Demokratie und Gesellschaft wichtig ist.

Schwerpunkt

Umkämpfter grüner Tisch

12

Die Sozialpartnerschaft wurde durch Strukturreformen immer weiter zurückgedrängt. Es wird Zeit, sie wieder zu stärken.

Mehr als Schlagzeilen

14

Schlagzeilen dominieren oft die Tagespolitik, umso wichtiger ist es, dass die Aufmerksamkeit nicht nach der Headline endet.

Digital Natives on the Road

16

Sind neue soziale Bewegungen Modeerscheinungen oder Signale dafür, dass auch die Demokratie modernisiert werden muss?

Demokratie der ArbeitnehmerInnen

22

Es war ein weiter Weg zu dem Punkt, an dem jede und jeder das Recht – und zwar dasselbe Recht – hatte, mitzubestimmen.

„Ein Wahnsinnsjob“

26

Internet und Sparprogramme mit Personalreduktion setzen JournalistInnen ebenso wie der Medienfreiheit zu.

Glauben, was man gerne glaubt

28

Falschnachrichten sind keine Erfindung sozialer Medien. Trotz berechtigter Skepsis bieten sie für Betriebsräte große Chancen.

Klassenkampf in der Justiz?

36

Die österreichische Justiz steht vor zahlreichen Problemen. Vor Gericht herrscht immer noch Klassenkampf.

„Nur die dümmsten Kälber ...!?“

38

Es ist wohl nötig, an vielen Schrauben zu drehen, um Menschen anders oder neu für Politik zu begeistern.

Wer keine Wahl hat

40

1,2 Millionen Menschen, die in Österreich leben, waren bei der Nationalratswahl nicht wahlberechtigt.

Coverstory

Demokratie darf nicht als selbstverständlich angesehen werden. Das gilt auch für die Mitbestimmung von ArbeitnehmerInnen, ob in der Wirtschaft oder in den Betrieben.

Standards

Historie: Mitbestimmung und mehr	4
Standpunkt: Keine Selbstverständlichkeit	5
Mitbestimmung im Betrieb?	24
Nicht zuletzt – von Korinna Schumann	43
A&W blog	44
Aus AK & Gewerkschaften	45
Man kann nicht alles wissen	46

Erklärungen aller **markierten** Worte.

Impressum

Redaktion „Arbeit&Wirtschaft“:

Johann-Böhm-Platz 1, 1020 Wien,
Tel.: (01) 534 44-39263 Dw.,
Fax: (01) 534 44-100222 Dw.,
Sonja Fercher (Chefredakteurin),
Sonja Adler (Sekretariat): 39263 Dw.
E-Mail: sonja.adler@oegb.at
Internet: www.arbeit-wirtschaft.at

Abonnementverwaltung und Adressänderung:

Suzana Stojancic, Bianca Behrendt, Johann-Böhm-Platz 1, 1020 Wien, Tel.: (01) 662 32 96-0
E-Mail: aboservice@oegbverlag.at

Redaktionskomitee:

Sonja Adler, Thomas Angerer, Lucia Bauer, Andreas Berger, Gerhard Bröthaler, Adi Buxbaum, Franziska Disslbacher, Georg Feigl, Sonja Fercher, Andreas Gjecaj, Oliver Gruber, Richard Halwax, Melissa Huber, Georg Kovarik, Florian Kräftner, Iris Krassnitzer, Vera Lacina, Heinz Leitsmüller, Sabine Letz, Pia Lichtblau, Michael Mazohl, Martin Müller, Ruth Naderer, Martin Panholzer, Brigitte Pellar, Sybille Pirklbauer, Philipp Schnell, Valentin Schwarz, Georg Sever, Nikolai Soukup, Josef Thoman, Christina Weichselbaumer, Florian Wenninger, Christina Wieser, Michael Wögerer, Gabriele Zgubic, Karin Zimmermann

Redaktionsmitglieder:

Sonja Fercher (Chefredakteurin), Sonja Adler (Sekretariat), Thomas Jarmer (Artdirektion, Layout & Grafiken), Nicola Skale (Grafik und Layout)

MitarbeiterInnen dieser Ausgabe:

Sonja Fercher (Chefredakteurin), Sonja Adler, Christian Bunke, Christopher Erben, John Evers, Astrid Fadler, Sophia Fielhauer-Resei, Heike Hausensteiner, Thomas Jarmer, Barbara Kasper, Sandra Knopp, Beatrix Mittermann, Brigitte Pellar, Christian Resei, Alexandra Rotter, Korinna Schumann, Udo Seelhofer, Thomas Stollenwerk, Christina Weichselbaumer, Alexia Weiß

Herausgeber:

Bundesarbeitskammer, 1040 Wien, Prinz-Eugen-Straße 20–22, und Österreichischer Gewerkschaftsbund, 1020 Wien, Johann-Böhm-Platz 1

Medieninhaber:

Verlag des Österreichischen Gewerkschaftsbundes GmbH, 1020 Wien, Johann-Böhm-Platz 1, Tel.: (01) 662 32 96-0 Dw., Fax: (01) 662 32 96-39793 Dw.
E-Mail: zeitschriften@oegbverlag.at
Internet: www.oegbverlag.at

Hersteller: Walstead Leykam Druck GmbH & CO KG, 7201 Neudorf, Bickfordstr. 21

Verlagsort: Wien

Herstellungsort: Neudorf

Preise (inkl. MwSt.):

Einzelnummer: € 2,50;
Jahresabonnement Inland € 20,-;
Ausland zuzüglich € 12,- Porto;
für Lehrlinge, StudentInnen und PensionistInnen ermäßigtes Jahresabonnement € 10,-
Bestellungen an den Verlag des ÖGB, 1020 Wien, Johann-Böhm-Platz 1, Tel.: (01) 662 32 96-0,
E-Mail: aboservice@oegbverlag.at

Offenlegung gemäß Mediengesetz, § 25:

www.arbeit-wirtschaft.at/offenlegung

ZVR-Nr. 576439352 • DVR-Nr. 0046655

ISSN (Print) 0003-7656, ISSN (Online) 1605-6493,
ISSN (Blog) 2519-5492

Die in der Zeitschrift „Arbeit&Wirtschaft“ wiedergegebenen Artikel entsprechen nicht notwendigerweise der Meinung von Redaktion und Herausgeber. Jeder/jede AutorIn trägt die Verantwortung für seinen/ihren Beitrag. Es ist nicht die Absicht der Redaktion, die vollständige Übereinstimmung aller MitarbeiterInnen zu erzielen. Sie sieht vielmehr in einer Vielfalt der Meinungen die Grundlage einer fruchtbaren geistigen Auseinandersetzung. Die Redaktion übernimmt keine Gewähr für unverlangt eingesandte Manuskripte. Nachdrucke, auch auszugsweise, nur mit Zustimmung der Redaktion und mit Quellenangabe.

Mitbestimmung und mehr

Beim Aufbau der demokratischen Republik war die Beteiligung der Gewerkschaft am politischen Entscheidungsprozess Grundprinzip.

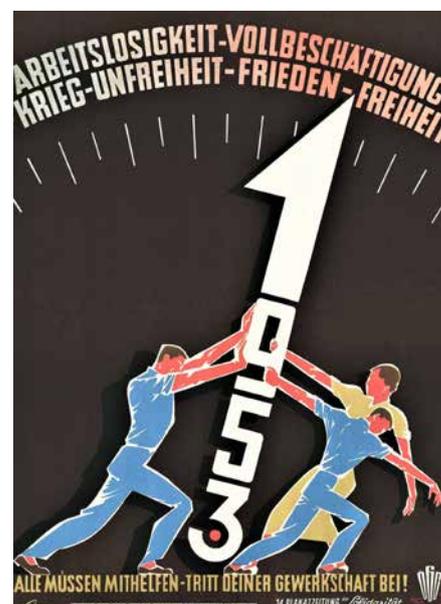
Angesichts der Erfahrungen unter dem alten Regime, nicht nur während der Kriegsdiktatur ab 1914, erlebten die **Freien Gewerkschaften** die Gründungsphase der Republik in jeder Hinsicht als revolutionären Prozess. Der Gewerkschaftstheoretiker und Gewerkschaftshistoriker **Richard Robert Wagner** beschrieb dies in seiner Arbeit über die Gewerkschaften in den ersten Jahren der Republik: *Der Umsturz der politischen Verhältnisse in Österreich wälzte auch das Verhältnis der Gewerkschaften zu Staat und Wirtschaft um. Vor dem Kriege waren sie nur geduldet ... Weder Staat noch Unternehmer duldeten, dass die Gewerkschaften in Wirtschaftsfragen mitentschieden ... Die politische Vorherrschaft der Arbeiterklasse ... hob auch die Gewerkschaften zur Gleichberechtigung, vielfach zur Führung bei den Wirtschaftsentscheidungen im Staate und zur Mitbestimmung in den Betrieben empor. Die Arbeit trat dem Kapital als gleichberechtigter Partner gegenüber ...*

Die deutschsprachigen Mandatäre des 1911 gewählten Abgeordnetenhauses des Reichsrats der Monarchie bereiteten als „provisorische Nationalversammlung“ im Oktober 1918 die Ausrufung der demokratischen Republik vor. Im damals eingesetzten „Industriellen paritätischen Komitee“ gestalteten GewerkschafterInnen in oft zähen Verhandlungen mit den VertreterInnen des Hauptverbands der Industrie die Wirtschafts- und Sozialpolitik der ersten Jahre der Republik entscheidend mit. Die ausverhandelten Kompromisse dienten der

provisorischen Nationalversammlung und ab Frühjahr 1919 der neugewählten konstituierenden Nationalversammlung als Basis für Gesetzesbeschlüsse mit Langfristwirkung. Stichwort: 8-Stunden-Tag. Stichwort: Betriebsrat. Stichwort: Kollektivvertrag. Stichwort: Arbeiterkammern.

Für Österreichs Freie Gewerkschaften bedeutete ihr zunehmender politischer Einfluss keinen Bruch mit ihrem bisherigen Selbstverständnis. Im Gegensatz zu anderen Ländern, etwa Großbritannien oder teilweise Deutschland, verstanden sie sich immer als gleichwertige Akteure im Kampf um eine gerechte Gesellschaft.

Schon beim ersten Gewerkschaftskongress 1893 nannte der Buchdrucker Karl Höger, eine der bedeutendsten Persönlichkeiten der frühen österreichischen ArbeiterInnenbewegung, Gewerkschaftsarbeit ohne gesellschaftspolitisches Ziel schlicht *Gewerkschaftstrottelei*. Der junge Jurist **Julius Deutsch** bestätigte diese Grundhaltung, als er 1908 die erste Geschichte der Freien Gewerkschaften schrieb: *Bei uns kämpfen die Gewerkschaften nicht bloß um bessere oder schlechtere Arbeitsbedingungen, sondern sie sind auch bemüht, anderwärtig Interessen der Arbeiterschaft zu vertreten. So, wenn sie für das allgemeine und gleiche Wahlrecht in den Kampf zogen ...* Dieser Grundsatz blieb auch – unter veränderten Vorzeichen – für den 1945 gegründeten ÖGB bestimmend, wenn er sich als *überparteilich, aber nicht unpolitisch* bezeichnete. Er ist auch aus dem während der Allein-



© ÖGB-Plakatarchiv

Es gibt keine wirksame Vertretung von ArbeitnehmerInnen-Interessen ohne die Einmischung der Gewerkschaft in den politischen Entscheidungsprozess und die Möglichkeit, die der demokratische Sozialstaat dafür bietet. Das wussten die GewerkschafterInnen 1945 ebenso wie 1918. Das ÖGB-Plakat zur Mitgliederwerbaktion 1953 zeigt diesen Zusammenhang auf.

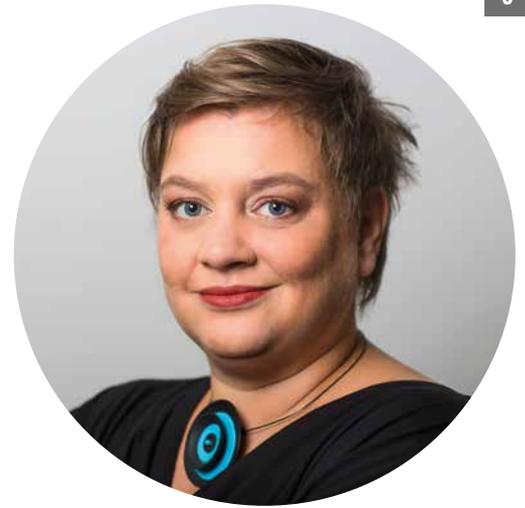
regierung der Österreichischen Volkspartei in den 1960er-Jahren formulierten Standpunkt herauszulesen: *Der ÖGB beurteilt jede Regierung danach, wie sie sich gegenüber Arbeitnehmerinteressen verhält.*

Ausgewählt und kommentiert von
Brigitte Pellar

brigitte.pellar@aon.at

Keine Selbstverständlichkeit

Standpunkt



Sonja Fercher
Chefredakteurin
Arbeit&Wirtschaft

Mehr Demokratie wagen, die Gesellschaft mit Demokratie durchfluten: Dies war in den 1960er/1970er-Jahren der Leitspruch von SozialdemokratInnen in ganz Europa. Mitbestimmungsrechte wurden auch in Österreich ausgeweitet, von der Schule über den Arbeitsplatz bis hin zur direkten Demokratie.

Demokratie ist fast zur Selbstverständlichkeit geworden, etwas, das man so nebenbei eben mitnimmt. Ein bisschen wie der Kaffeebecher oder das Menü to go. Es ist praktisch, es ist da, wenn man es braucht. Man kann es nutzen, muss aber auch nicht, wenn man nicht möchte. Ein bisschen wie das Pausenbrot, das einst oftmals in Alufolie gewickelt wurde. Es ist einfach da, man greift gerne dazu. Doch was dahintersteckt, wer es gemacht hat und welche Bedeutung es hat: Das ist nicht nur in Vergessenheit geraten, sondern wird für allzu selbstverständlich genommen. Ja, oft genug wird es gar als etwas Lästiges wahrgenommen, wie die Schwierigkeiten belegen, die ArbeitnehmerInnen in verschiedenen Betrieben bekommen, wenn sie einen Betriebsrat gründen möchten, wie zuletzt bei der Drogeriemarktkette Douglas.

Doch was steckt denn nun in dieser Alufolie? Es mag pathetisch klingen, und doch ist es so: Demokratie ist eine der größten Errungenschaften der BürgerInnen- und ArbeiterInnenbewegung. Die Älteren unter uns haben noch Großeltern

oder gar Eltern, die in einer Zeit aufwuchsen, in der sie gar kein Wahlrecht hatten. Vor Beschluss des allgemeinen Wahlrechts im Jahr 1918 in Österreich musste man Geld haben, um wählen zu können, Zensus nannte sich das. Erst mit Ausrufung der Republik hatten alle Staatsbürger und auch Staatsbürgerinnen das Recht, darüber mitzubestimmen, von wem sie regiert werden wollen. Dazu gehört nicht nur, dass sie über Prioritäten der Politik mitentscheiden können, sondern auch darüber, was mit den Steuern geschehen soll, die sie Monat für Monat an die Allgemeinheit abgeben. Dazu braucht es auch einen öffentlichen Diskurs, in dem Entscheidungen nicht nur im Vorfeld debattiert werden, sondern in dem auch Raum für Kritik und Kontrolle ist.

Mitbestimmung neu denken

Mit Demokratie durchfluten: Unter diesem Stichwort wurden auch Mitbestimmungsrechte in den Betrieben ausgeweitet. Zwischen Arbeitgebern und Beschäftigten besteht immer ein Machtgefälle. Um dies auszugleichen, wurde schon Anfang des 20. Jahrhunderts die Mitbestimmung im Betrieb entwickelt. So sollten ArbeitnehmerInnen bzw. deren VertreterInnen im Betriebsrat die Möglichkeit bekommen, Dinge in ihrem Sinne zu verändern. Zugleich eröffnet sie auch für die Arbeitgeber die Möglichkeit, sinnvolle Vorschläge der Arbeitneh-

merInnen zu bekommen. Denn da sie es sind, die die Arbeit erledigen, wissen sie auch am besten, wenn etwas unrund läuft, und haben Ideen, wie sich dies verbessern ließe. Diese Mitbestimmungsrechte wurden seit Mitte der 1970er-Jahre ausgeweitet.

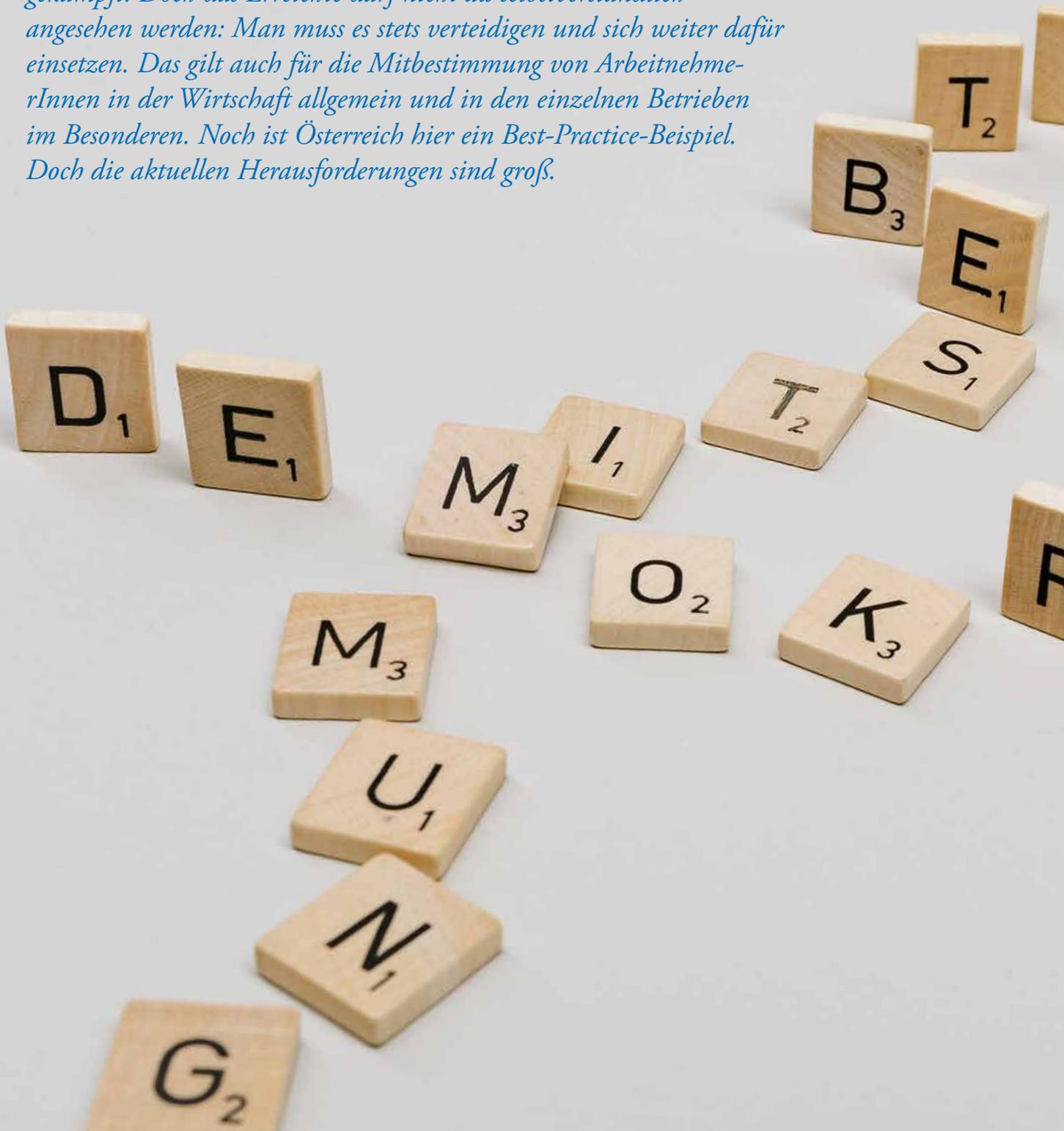
In den vergangenen Jahrzehnten hat sich die Wirtschaftswelt enorm verändert, von Auslagerungen ganzer Standorte oder auch nur bestimmter Arbeitsplätze bis hin zu den neuen Herausforderungen der Digitalisierung, um nur einige zu nennen. Dies macht einerseits die Arbeit von BetriebsrätInnen herausfordernder, andererseits aber auch die gewerkschaftliche Organisation insgesamt. Es stellt sich somit die Frage, ob Mitbestimmung nicht neu gedacht werden muss.

Aber auch bei den bestehenden Rechten gibt es Luft nach oben, wie Befragungen von BetriebsrätInnen immer wieder zeigen. Denn in bestimmten Bereichen schätzen sie ihre Mitbestimmungsmöglichkeiten als sehr gut ein, in anderen aber lassen sich die Arbeitgeber nur ungern in die Karten schauen. Zu Letzteren zählen ausgerechnet so wichtige Themen wie Personalfragen oder das Entgelt.

Demokratie mag mit Arbeit verbunden sein. Sie hat aber das Potenzial, dass die StaatsbürgerInnen darüber mitbestimmen können, wie man Dinge besser machen kann – und zwar im Sinne von möglichst vielen Menschen und nicht nur einer kleinen Gruppe.

Den Kampf niemals

Für demokratische Strukturen in Staat und Gesellschaft wurde lange gekämpft. Doch das Erreichte darf nicht als selbstverständlich angesehen werden: Man muss es stets verteidigen und sich weiter dafür einsetzen. Das gilt auch für die Mitbestimmung von ArbeitnehmerInnen in der Wirtschaft allgemein und in den einzelnen Betrieben im Besonderen. Noch ist Österreich hier ein Best-Practice-Beispiel. Doch die aktuellen Herausforderungen sind groß.



aufgeben

Ein großes Unternehmen muss einen Produktionsstandort schließen: Das ist nicht nur für den Betrieb einschneidend. Das verändert auch die individuellen Leben der dort Beschäftigten. Von der Schließung erfahren die MitarbeiterInnen heute jedoch nicht mehr erst, wenn es bereits so weit ist. Über eine solche Entscheidung muss die Geschäftsführung den Betriebsrat zeitgerecht informieren. Und auch wenn dieser am Ende vielleicht nicht verhindern wird können, dass Menschen ihren Arbeitsplatz verlieren: Er kann doch durch das Einbringen seiner Expertise in Gesprächen mit der Unternehmensleitung dafür sorgen, dass manche der Betroffenen zum Beispiel an einem anderen Standort eingesetzt werden und dass es für die, deren Jobs nicht mehr zu retten sind, einen Sozialplan gibt. Für Rechte wie dieses wurde lange gekämpft, auch wenn es manchem heute so scheint, als wäre das immer schon so gewesen. Das Betriebsrätegesetz wurde vor genau 100 Jahren geschaffen, heute ist es Teil des Arbeitsverfassungsgesetzes, erläutert der Jurist Martin Müller vom ÖGB.

Die Politologin Ursula Filipič, Referentin für Sozialpolitik in der Arbeiterkammer Wien, geht in der Geschichte noch einen Schritt weiter zurück. Nach dem Verständnis des britischen Industrial-Relations-Experten Richard Hyman, der in Großbritannien eine marxistisch orientierte Theorie- und Forschungsperspektive der industriellen Beziehungen begründete, „ist Demokratie ein wesentlicher Bestandteil der Entwicklung kapitalistischer Gesellschaften“, erläutert sie. Bürgerrechte seien dabei in drei Stufen durchgesetzt worden.

Zivile Bürgerrechte im 18. und 19. Jahrhundert beinhalteten grundlegende individuelle Freiheiten, etwa die Freiheit der Person, die Rede- und Glaubensfreiheit oder die Freiheit, Verträge abschließen zu können. Diese Rechte konnten rund 100 Jahre später um politische Bürgerrechte, wie etwa das Wahlrecht, erweitert werden. Im Lauf des 20. Jahrhunderts konnten schließlich – vor allem nach dem Zweiten Weltkrieg – wesentliche soziale Bürgerrechte errungen werden. Dazu zählt zum Beispiel ein gut ausgebauter Sozialstaat. Es entwickelten sich aber eben auch Institutionen wie die Gewerkschaften, die sich für bessere Arbeitsbedingungen einsetzen. Kollektivverträge, aber auch das Streikrecht sind hier zwei der Werkzeuge, die dazu entwickelt wurden. Den-

Text Alexia Weiss

Fotos Markus Zahradnik

Konzeption Thomas Jarmer

noch wurde die Demokratie nicht eins zu eins auf das Arbeitsleben ausgeweitet.

Hier setzt die Idee der Wirtschaftsdemokratie an. Sie rekurriert auf einen Widerspruch, erläutert Filipič, nämlich „dass die (Lohn-)Arbeitenden im Bereich der Erwerbsarbeit – im Unterschied zur öffentlichen Sphäre, wo individuelle Freiheits-, politische und soziale Rechte verankert sind – nicht frei, sondern abhängig vom Willen der ArbeitgeberInnen sind“.

Dazu erklärt Heinz Leitsmüller, Leiter der Abteilung Betriebswirtschaft in der AK Wien: „Unternehmen sind in der Marktwirtschaft so aufgebaut, dass es nur eine Gruppe gibt, die das Sagen darüber hat, was im Betrieb zu geschehen hat und welche Strategien eingeschlagen werden: Das sind die EigentümerInnen, also diejenigen, die das Unternehmen oder Anteile des Unternehmens besitzen.“ Das spiegle sich auch im Aktienrecht und im GesmbH-Recht klar wider: Über die wichtigsten Veränderungen in einem Betrieb, wie etwa über Umgründungen, entscheidet immer ein Gremium, in dem die EigentümerInnen den Ton angeben, wie etwa die Hauptversammlung oder die Generalversammlung.

Erst durch Arbeit entsteht ein Produkt

Allerdings stellt sich die Frage: Ist es fair, wenn nur diejenigen bestimmen, die das Kapital, die Maschinen, die Produktionsmittel zur Verfügung stellen? Schließlich sind es die Beschäftigten, „die gemeinsam mit dem Kapital den Mehrwert schaffen“, so Leitsmüller. Es sei daher nur adäquat, die MitarbeiterInnen auch in Entscheidungen miteinzubeziehen, die das Unternehmen betreffen.

ÖGB-Experte Müller illustriert das Bedürfnis nach Demokratie auch im Arbeitsleben mit einer Analogie: In Zeiten der Monarchie habe es auch Fürsten gegeben, die gut für ihre Untertanen gesorgt haben, denen es zum Beispiel wichtig war, dass auch Kinder aus sozial armen Familien regelmäßig in die Schule gehen. „Und dennoch sind die Leute aufgestanden und haben gesagt: Wir wollen keine Monarchie mehr, wir wollen eine Demokratie. Wir wollen nicht vom Wohlwollen von jemandem abhän-

gig sein.“ Seit 100 Jahren sorgen Betriebsräte in heimischen Unternehmen dafür, dass auch die Interessen der Beschäftigten gewahrt werden. Ihre Arbeit könnte man als das Herzstück heimischer Wirtschaftsdemokratie bezeichnen. „Das frühere Betriebsratsgesetz, nun das Arbeitsverfassungsgesetz, ist das Wertvollste, das wir haben, in dem Wirtschaftsdemokratie zum Ausdruck gebracht wird“, betont Leitsmüller. Hier wird die repräsentative Mitbestimmung verankert.

Die Rolle der Betriebsräte

Die Betriebsräte sind „Ausdruck der Selbstermächtigung der ArbeitnehmerInnen“, sagt Martin Müller. Österreichweit gibt es heute mehr als 7.800 Betriebsräte mit über 36.000 Betriebsratsmitgliedern. Großunternehmen mit mehr als 1.000 Beschäftigten haben nahezu zu 100 Prozent einen Betriebsrat, Betriebe mit mehr als 500 MitarbeiterInnen zu mehr als 90 Prozent. Die hiezulande stark vertretenen Klein- und Mittelbetriebe haben oft keine ArbeitnehmerInnenvertretung. Von Unternehmen mit mehr als 200 Beschäftigten haben aber bereits drei Viertel einen Betriebsrat.

Diesem Organ, das die Interessen der ArbeitnehmerInnen vertritt, stehen Informationsrechte zu, und zwar immer dann, wenn das Unternehmen wichtige Entscheidungen trifft, wie etwa Um-

muss der Betriebsrat laufend über wirtschaftliche Daten informiert werden – es ist der Jahresabschluss vorzulegen, und die MitarbeiterInnenvertretung muss über größere Investitionen oder Rationalisierungsmaßnahmen informiert werden. Besonders heben Müller und Leitsmüller hier zudem hervor, dass der Betriebsrat auch im Aufsichtsrat von großen Unternehmen vertreten ist. Er stellt darin zwar nur ein Drittel der Mitglieder. Der Aufsichtsrat ist aber das Gremium, das die Arbeit des Vorstands überwacht. Hier muss etwa der Aufnahme von großen Krediten oder der Tötung von höheren Investitionen (die betreffenden Summen werden jeweils individuell im Unternehmen festgelegt, hier gibt es keine allgemein gültigen gesetzlichen Vorgaben) zugestimmt werden.

Noch gibt es die Konsenskultur

„Ja, die ArbeitnehmervertreterInnen stellen hier nur eine Minderheit und können von den KapitalvertreterInnen überstimmt werden“, räumt Leitsmüller ein. Aber erstens gehe es auch um den Zugang zu Informationen, der damit schon gewährleistet sei. Und zweitens gebe es in Österreich eine Tradition der Konsenskultur. Das Gros der Unternehmen möchte, dass auch die Betriebsratsmitglieder bei großen Weichenstellungen im Betrieb mitstimmen. Dem gehen dann

Ist es fair, wenn nur diejenigen bestimmen, die das Kapital, die Maschinen, die Produktionsmittel zur Verfügung stellen?

strukturierungen oder die Schließung von Standorten. Der Betriebsrat muss in solchen Fällen rechtzeitig, also noch vor Inkrafttreten oder Umsetzung, informiert werden. Der Betriebsrat darf dann seine Meinung abgeben sowie „Maßnahmen vorschlagen, welche die Auswirkungen auf die Beschäftigten mildern“, erklärt Leitsmüller. Letzteres münde dann eben in einen Sozialplan.

Andere Passagen im Arbeitsverfassungsgesetz heben auch die wirtschaftliche Mitbestimmung hervor. Demnach

entsprechende Verhandlungen voraus. Ein Blick auf den Strukturwandelbarometer 2019 der AK, für den 300 Betriebsratsmitglieder aus privatwirtschaftlichen Unternehmen befragt wurden, zeigt allerdings: Die ArbeitnehmervertreterInnen werden zwar umfassend in die Entscheidungsprozesse eingebunden (83 Prozent antworteten mit „sehr“ oder „eher schon“) – aber nur 53 Prozent fühlten sich auch ausreichend in die dann gefällten Entscheidungen miteingebunden. Gehört wird der Betriebsrat



„Um die in Österreich errungene betriebliche Mitbestimmung wird gekämpft werden müssen, um das Modell auch in Zukunft aufrechtzuerhalten. Die Globalisierung stellt uns hier vor zunehmende Herausforderungen.“

Heinz Leitsmüller, Abteilung Betriebswirtschaft der AK Wien

Demokratie ist nichts Statisches – auch nicht in einem Betrieb. Eine gute Unternehmenskultur bedingt sowohl eine konsensorientierte Führungsebene als auch einen aktiven Betriebsrat. Schwierig wird es, wenn die Unternehmensleitung nicht mehr in Österreich, sondern im Ausland sitzt.

vor allem, wenn es um Arbeitsbedingungen und Gesundheitsschutz geht (91 Prozent). Der Wert wird mit 35 Prozent aber merklich geringer, wenn es sich um wirtschaftliche Mitbestimmung und Unternehmensstrategien handelt. Insgesamt zeichnen die befragten BelegschaftsvertreterInnen aber ein durchaus positives Bild.

Globalisierung und Liberalisierung

Traditionen können allerdings auch ins Wanken geraten. In Westeuropa haben nach dem Zweiten Weltkrieg wesentliche Errungenschaften wie keynesianische Wirtschaftspolitik, Vollbeschäftigung, leistungsfähige Wohlfahrtsstaaten „die Übermacht des Kapitals eingegrenzt“, konstatiert AK-Expertin Filipič. „In den vergangenen drei bis vier Dekaden sind diese Einhegungen jedoch zunehmend erodiert, unter anderem durch Globalisierung und Internationalisierung, Standortwettbewerb, Liberalisierung der Finanzmärkte und teils massiven Rückbau der Sozialstaaten. Dazu kommt die zunehmende zeitliche, örtliche, regulative Entgrenzung von Arbeit, steigende Ungleichheit, Schwächung der Gewerkschaften und vieles mehr.“

Österreichisches Modell verteidigen

Leitsmüller skizziert anschaulich, wo in der Praxis immer öfter das Problem liegt: „Betriebliche Mitbestimmung ist nicht in jeder Kultur der Welt verankert. Deutschland und Österreich sind hier Best-Practice-Modelle. Wenn aber zum Beispiel Firmen aus dem angloamerikanischen Raum oder Asien heimische Unternehmen aufkaufen, können die neuen Eigentümer mit dem hiesigen Modell der Mitbestimmung nichts anfangen.“ Ähnliches gelte für internationale Konzerne, die in Österreich einen Standort eröffnen. Zum Problem werde es also, wenn die Entscheidungen nicht mehr in Österreich, sondern im Ausland getroffen werden. Da gebe es dann zwar zum Beispiel einen Geschäftsführer hier in Österreich, doch der könne nicht selbstständig handeln. Der Betriebsrat habe also kein starkes Gegenüber mehr. Das schwäche auch den Handlungsspielraum des Betriebsrats.

Technik im Sinn der Menschen

Fazit: Um die in Österreich errungene betriebliche Mitbestimmung wird gekämpft werden müssen, um das Modell auch in Zukunft aufrechtzuerhalten. „Die Globalisierung stellt uns hier vor zunehmende Herausforderungen. Wir arbeiten emsig daran, Wege zu finden, Wirtschaftsdemokratie auch künftig zu verankern. Leicht wird das aber nicht werden“, so Leitsmüller. Ähnliches gelte für die Digitalisierung. Denn Technik sei nichts Gottgewolltes, sondern wurde von Menschen mit bestimmten Zielen geschaffen. Betriebsräte versuchen hier nun stärker Einfluss darauf zu nehmen, was das Unternehmen an neuen Systemen entwickelt. Leitsmüller verweist hier auch auf den Digifonds der AK, mit dem Digitalprojekte, in die sich auch MitarbeiterInnen einbringen, mit insgesamt 150 Millionen Euro über fünf Jahre gefördert werden.

Das ist aber nur die eine Seite der Medaille. Vieles an digitaler Infrastruktur wird von internationalen Konzernen entwickelt, die sich heute als Monopolisten darstellen, wie etwa Facebook oder Google. „Im Grunde bedarf es da eines Regulators“, so Leitsmüller. Längst geht es aber nicht nur um wirtschaftliche Vorteile, die sich aus den Monopolstellungen dieser Unternehmen ergeben. Es geht auch um den Umgang mit Daten und das Vermeiden von Missbrauch. „Und da sind wir erst in der ersten Minute. Es gibt ein Problembewusstsein, aber die Lösungsansätze sind in den Kinderschuhen.“

Veränderte Entscheidungsprozesse

Wie steht es angesichts all dieser Entwicklungen um die Zukunft der Wirtschaftsdemokratie, also der Mitbestimmung von ArbeitnehmerInnen? Und was bedeutet es, wenn sich auch die Demokratie im Allgemeinen verändert? So befinden manche, dass wir uns im Übergang von der Demokratie in die Postdemokratie befinden. Mit diesen Phänomenen beschäftigt sich unter anderem der deutsche Sozialwissenschaftler Alex Demirović. In der Einleitung des von ihm herausgegebenen Bands „Wirtschaftsdemokratie neu denken“ hält er





„Gewerkschaften als Akteure der Willensbildung sind in den vergangenen drei Jahrzehnten durch wirtschaftliche Prozesse und bewusste politische Entscheidungen erheblich geschwächt worden.“

Alex Demirović, Sozialwissenschaftler

diese Analyse zwar für problematisch. „Doch sie weist auf Erosionstendenzen und strukturelle Veränderungen der Institutionen der repräsentativen Demokratie hin.“ So werden Entscheidungen „vielfach jenseits formeller Gremien und Verfahren in Governance-Mechanismen oder informellen Absprachen vorbereitet und getroffen. Unternehmen wirken direkt in den Gesetzgebungs- und Entscheidungsprozess hinein.“ Die Folge: „Gewerkschaften als Akteure der Willensbildung sind in den vergangenen drei Jahrzehnten durch wirtschaftliche Prozesse und bewusste politische Entscheidungen erheblich geschwächt worden.“

Trifft dieser Befund auch für Österreich zu? Teils ja, sagt AK-Expertin Filipič. Sie nennt als Beispiel die gravierenden Veränderungen in der Zusammensetzung der Entscheidungsgremien der Sozialversicherungsträger zulasten der ArbeitnehmerInnen. Es sei aber auch eine Abkehr von bisherigen sozialpartnerschaftlichen Entscheidungsfindungen unter der letzten Regierung unter Bundeskanzler Sebastian Kurz zu beobachten gewesen – Stichwort Arbeitszeitflexibilisierung. Das ging dann auch noch einher mit einer Abkehr von bisherigen Usancen in der parlamentarischen Entscheidungsfindung.

Unterm Strich sieht Filipič die Institutionen der Arbeitsbeziehungen in Österreich – vor allem im Vergleich zu anderen Ländern – jedoch „noch vergleichsweise stabil“. Das sei etwa an der hohen kollektivvertraglichen Abdeckung (die in Österreich laut ÖGB-Experten Martin Müller 98 Prozent beträgt), den Kollektivvertragsverhandlungen oder aber der gut funktionierenden Zusammenarbeit zwischen Gewerkschaften und Betriebsräten festzumachen.

Leitsmüller nennt einen Bereich, in dem jüngst gekämpft wurde und in dem Fortschritte erreicht werden konnten: die Betriebsratsgründung bei Foodora, die in der Folge auch zu einem Kollektivvertrag für FahrradzustellerInnen geführt hat. Kämpfen lohne sich also – auch wenn die Rahmenbedingungen sowohl auf politischer Seite als auch auf der Seite der Unternehmen (Stichwort: Globalisierung) immer schwieriger werden.

Schreiben Sie Ihre Meinung
an die Redaktion
aw@oegb.at



Umkämpfter grüner Tisch

*Die Sozialpartnerschaft steht für den gesellschaftlichen Ausgleich im Land.
Sie wird aber immer mehr infrage gestellt.*

Christopher Erben
Freier Journalist

Ein kalter, nebeliger Herbstmorgen liegt über der Stadt. Elisabeth Mayr sperrt das Büro in der Wiener Innenstadt auf und startet ihren Rechner. Heute ist sie die Erste hier. „Der Tag dauert bestimmt länger“, erklärt sie selbstbewusst und holt sich aus der Teeküche einen starken Kaffee mit Milch. Ursprünglich kommt sie aus Oberösterreich. Vor Jahren verlor sie dort ihren Job, da ihr Arbeitgeber in die Insolvenz schlitterte. Elisabeth Mayr stand von einem Tag auf den anderen ohne Arbeit und Geld da. „Ja, ich spürte dann, dass jemand für mich da ist und sich für mich einsetzt“, sagt die 37-Jährige.

Trotz der guten Erfahrungen mit der Arbeiterkammer seien die goldenen Zeiten der Sozialpartnerschaft längst vorbei, beobachtet Elisabeth Mayr. Sie erin-

nert sich noch gut an die Einführung des 12-Stunden-Tages im September des Vorjahres, der in einer Nacht-und-Nebel-Aktion von der türkis-blauen Bundesregierung davor beschlossen worden war. Die Sozialpartner – allen voran die ArbeitnehmervertreterInnen – wurden nicht eingebunden, sondern vielmehr vor vollendete Tatsachen gestellt. „Während die ArbeitgebervertreterInnen der türkis-blauen Regierung zujubelten, demonstrierten Angestellte, Arbeiterkammer und Gewerkschaften vergeblich vor dem Sozialministerium.“

Mehrwert für die Demokratie

Doch was ist die Sozialpartnerschaft und was bedeutet sie für Österreich? Sie ist eine Form der Verhandlungsdemokratie, bei der die „großen gesellschaftlichen Dachverbände eine zentrale Rolle spielen“, so Tobias Hinterseer und Emmerich Tálos in

ihrem Buch „Sozialpartnerschaft – Ein zentraler politischer Gestaltungsfaktor der Zweiten Republik am Ende?“. Die Politikwissenschaftler Emmerich Tálos von der Uni Wien und Tobias Hinterseer von der Arbeiterkammer Salzburg setzen sich darin mit der Geschichte der Sozialpartnerschaft und deren Bedeutung für Österreich auf über 180 Seiten auseinander.

Wer sind denn eigentlich die AkteurInnen der Sozialpartnerschaft? Es sind dies die vier großen Interessenverbände: die Wirtschaftskammer Österreich (WKÖ), die Landwirtschaftskammer Österreich (LK), die Bundesarbeitskammer (BAK) und der Österreichische Gewerkschaftsbund (ÖGB). Grundprinzip der Sozialpartner ist, dass sie sich in erster Linie um Lösungen auf dem Verhandlungsweg bemühen. Sie einigen sich in Verhandlungen auf langfristige Ziele der Einkommens-, Sozial- und Wirtschaftspolitik. Die Sozialpartner stehen

für den gesamtgesellschaftlichen Ausgleich im Land, setzen auf das Prinzip der Freiwilligkeit, der Selbstverwaltung und der demokratischen Legitimation. Sie handeln etwa Kollektivverträge und Sozialleistungen für die Beschäftigten aus. Auch treten sie als Serviceorganisation für ihre jeweiligen Mitglieder in Erscheinung. Tobias Hinterseer ist überzeugt: „Sozialpartnerschaft ist ein Klassenkampf am grünen Tisch.“

Mehr Show als Verhandlungen

Über Jahrzehnte galt die Sozialpartnerschaft als „Aushängeschild und Erfolgsfaktor im Österreich der Zweiten Republik“, sagt Hinterseer im Gespräch mit Arbeit&Wirtschaft. Doch in den vergangenen beiden Jahren lösten Gesprächsforen mit Event- und Showcharakter die traditionellen Verhandlungen ab. „Vieles war von der Politik inszeniert“, konstatiert der Politikwissenschaftler.

Dazu kommt, dass politische AkteurInnen der Sozialpartnerschaft kritisch gegenüberstehen oder sie gar ganz abschaffen möchten. Die FPÖ tritt nach wie vor für ein Ende der gesetzlichen Mitgliedschaft in den Kammern ein, ebenso die NEOS. Die ÖVP unter Sebastian Kurz hat einen ganz anderen Zugang zur Sozialpartnerschaft, als das bisher der Fall war.

Unter der türkis-blauen Bundesregierung wurde jedenfalls der traditionelle inhaltliche Grundkonsens zerstört, so Hinterseer. So war die Wirtschaftskammer (WKO) unter ihrem neuen Präsidenten Harald Mahrer deutlich enger mit der Bundesregierung verbunden, als es noch unter Christoph Leitl der Fall war. Es entstand ein Ungleichgewicht

und eine Verschiebung der Macht zugunsten der Unternehmervertretungen wie Wirtschaftskammer und Industriellenvereinigung. Die Vertretungen der ArbeitnehmerInnen wurden durch Strukturreformen weiter zurückgedrängt – so zum Beispiel in der neuen Gesundheitskasse (ÖGK), die die neun Gebietskrankenkassen bald ablöst und in der ArbeitnehmerInnen keine Mehrheit mehr stellen. Für Hinterseer wurde in dieser Zeit und durch Maßnahmen wie diese viel Vertrauen zerstört. Dieses lasse sich nur über einen längeren Zeitraum wieder aufbauen, ist er überzeugt. Das abrupte Ende der Bundesregierung unter Sebastian Kurz verschaffte der Sozialpartnerschaft eine vorübergehende Verschnaufpause.

Am Scheideweg der Szenarien

Wie könnte nun die Zukunft der Sozialpartnerschaft aussehen? Dazu formulieren Tobias Hinterseer und Emmerich Tálos vier Szenarien. Das erste wäre eine Wiederbelebung der Beziehungen wie zuletzt in den 1980er- und 1990er-Jahren. Dieses Szenario schließen die beiden Autoren aber dezidiert aus. Ein zweites Szenario wäre die Wiederbelebung der Sozialpartnerschaft in einer „abgeschlankten Version“ – wie unter Schwarz-Blau Anfang der 2000er-Jahre, als sich die Mitgestaltung nur auf Themen der großen Organisationen beschränkte. Ein drittes Szenario bringe eine Reduzierung der Mitbestimmung der Sozialpartner auf Sozialpakete. Dabei würde deren Einbindung nur auf zeitlich und inhaltlich definierte Themen festgelegt werden.

Am wahrscheinlichsten halten Tobias Hinterseer und Emmerich Tálos aber die Ausschaltung der Sozialpartnerschaft als Mitbestimmungsfaktor im politischen System Österreichs, wenn „die Gesprächs- und Vertrauensbasis sowie der Interessenausgleich zwischen den Akteuren noch weiter verlieren“. Doch von welchem Szenario gehen die beiden Sozialwissenschaftler nach dem Ende von Türkis-Blau nun tatsächlich aus? „Es hängt stark davon ab, wie die Regierungsverhandlungen laufen und wie die neue Regierung die ArbeitnehmerInnenseite bei sozial- und wirtschaftspolitischen Entscheidungen einbindet“, so

Hinterseer. Nur wenig hält der Experte von einer Pro-forma-Mitbestimmung. In zehn Jahren werde es etwa die Arbeiterkammer weiterhin geben, ist Tobias Hinterseer überzeugt. Durch die jüngsten Ereignisse und Änderungen sei die Arbeitnehmerschaft aber mehr denn je „politischer und sensibilisierter“.

Der Haussegen hängt schief

„Keine Frage, ich bin auf alle Fälle für die sofortige Rücknahme des neuen Arbeitszeitgesetzes“, gibt sich Elisabeth Mayr kämpferisch, „weil dieses Gesetz ohne Mitwirkung der ArbeitnehmerInnen zustande kam.“ Der Haussegen hänge seither schief und vergifte das Klima zwischen ArbeitnehmerInnen und Arbeitgebern zusätzlich, so die Angestellte. Für Elisabeth Mayr sind viele Probleme der Sozialpartner auch „hausgemacht“. Sie vermisse etwa die Nachvollziehbarkeit von Entscheidungen für die „breite Masse der Bevölkerung“. Wie die Sozialpartnerschaft funktioniert und wie Entscheidungen entstehen – genau das sollte ihrer Meinung nach der Bevölkerung besser vermittelt werden, findet Mayr.

Starke Hand zwischen Interessen

„Für mich halten die Sozialpartner einen Diskurs und eine Plattform offen, die einen gegenseitigen Austausch ermöglichen und garantieren“, findet die Angestellte Mayr. Für sie sind sie ein Bindeglied zwischen den „kleinen Leuten“ und der „großen Politik“. „Mit diesem Interessenausgleich bin ich groß geworden.“ Nach wie vor unverzichtbar seien die Sozialpartner im politischen System Österreichs. Sie müssen daher wieder gestärkt werden; mehr Bedeutung gewinnen, um den sozialen Frieden im Land zu erhalten, fordert Mayr, die optimistischer als die beiden Sozialwissenschaftler klingt. „Ohne Sozialpartnerschaft kann ich mir die Zukunft nicht vorstellen.“

BUCHTIPP

Emmerich Tálos,
Tobias Hinterseer:
Sozialpartnerschaft
Ein zentraler politischer
Gestaltungsfaktor der
Zweiten Republik am Ende?
Studien Verlag,
2019, € 19,90
ISBN: 978-3-7065-5992-8
Bestellung:
shop.oegbverlag.at



Schreiben Sie Ihre Meinung an den Autor
christopher_erven@yahoo.de
oder an die Redaktion
aw@oegb.at

Mehr als Schlagzeilen

Wer entscheidet über die Themen der Politik? Und geht es dabei wirklich um das, was den Menschen wichtig ist?

Thomas Stollenwerk

*Politologe, Wissenschaftskommunikator
und Autor*

Vereinfachung und politische Kommunikation gehören zusammen. Denn simple Antworten auf komplexe Fragen zu liefern ist eine wichtige Zutat vieler Wahlerfolge. Das gilt für alle Parteien. PopulistInnen verlassen sich einzig darauf. Eine verbreitete Sorge ist, dass dabei „Schlagzeilenpolitik“ entsteht, die stärker auf den reinen Kommunikationserfolg zielt als auf das

Erarbeiten und Legitimieren von Problemlösungen. Reine Schlagzeilenpolitik zu betreiben, werfen sich Parteien gegenseitig immer wieder vor.

Um dies zu verstehen, muss man einen Schritt zurückgehen. Denn der Vorwurf gründet auf einer Unterscheidung zwischen zwei Ebenen von Politik. Auf der einen geht es um ihre vordergründige Vermittlung. Auf der anderen um ihre hintergründigen Inhalte und die eigentliche politische Arbeit an der Gesetzgebung, die manchmal auch als „Sachpolitik“ bezeichnet wird. In re-

präsentativen Demokratien hängen beide Ebenen eng zusammen. Dass politische Inhalte besser verfangen, wenn sie in Schlagzeilen passen, kann deshalb auch eine Rückwirkung auf die Inhalte und die Qualität von Politik haben. Politik sollte sich von ihren Werten, Inhalten und Folgen leiten lassen, nicht von der reinen „Vermarktbarkeit“ auf der Kommunikationsebene. Schlagzeilenpolitik impliziert eine Politik großer Headlines ohne große Inhalte. Welche der beiden Ebenen die österreichische Politik dominiert, ist schwer zu sagen.

Mehr als leere Versprechen

In Wahlkampfzeiten hat Schlagzeilenpolitik Hochkonjunktur – zumindest als Vorwurf. Dann sind Medien schließlich voll von politischen Versprechen und deren Kritik. Wahlkampfversprechen stehen im Verdacht, nur mittelmäßig belastbar zu sein. Darauf deuten repräsentative Umfragen immer wieder hin. Aber werden Wahlversprechen wirklich so unverbindlich gemacht, wie viele WählerInnen annehmen, oder werden sie am Ende doch umgesetzt? Katrin Praprotnik, Politikwissenschaftlerin an der Donau-Universität Krems und Ko-Projektleiterin des Austrian Democracy Labs (ADL), hat dazu geforscht. Für ihr 2017 erschienenes Buch „Parteien und ihre Wahlversprechen – Einblicke in die Politikgestaltung in Österreich“ hat sie untersucht, wie die österreichischen Regierungen zwischen 1990 und 2013 ihren WählerInnenauftrag erfüllt haben, also ob die beteiligten Parteien ihre Wahlversprechen umge-



setzt haben. Zudem stellte sie einen Vergleich mit einer vergangenen Alleinregierung an, und zwar mit dem Kabinett von Bruno Kreisky 1971. Sie stellt fest: „Politische Akteure streben nach der Umsetzung ihrer Wahlversprechen. Dies zeigt sich einerseits daran, dass Parteien, die in Folge einer Wahl eine Einparteienregierung bilden, den Großteil ihres Angebots in politische Inhalte transformieren. Andererseits können die beteiligten Akteure in einer Koalitionsregierung rund die Hälfte ihrer Forderungen durchsetzen und im Vergleich zu Parteien in Opposition den Gang staatlicher Politik dominieren.“

Andere Wahrnehmung

Das Ergebnis ihrer Forschung steht also im Widerspruch zur Wahrnehmung vieler WählerInnen. Im Bereich der Sozialpolitik machte Praprotnik eine besonders interessante Feststellung: „Über die Parteigrenzen hinweg sind in diesem Politikbereich jeweils die meisten Wahlversprechen zu finden. Bei genauerer Betrachtung zeigt sich, dass dabei kaum eine Kürzung, sondern vorwiegend eine Erweiterung des Wohlfahrtsstaats thematisiert wird.“ Eine weitere Feststellung lautet, dass „selbst die wenigen Einsparungsvorhaben nicht auf sofortige Einschnitte in bestehende Privilegien im Sozialsystem abzielen. Wahlversprechen zum Ausbau des Wohlfahrtsstaats werden ebenso häufig erfüllt wie Forderungen der übrigen Politikbereiche.“

Wie kommt es dann, dass WählerInnen ein solch geringes Vertrauen in die Versprechen der Parteien haben? Und wieso werden so viele ihrer Forderungen für reine Schlagzeilenpolitik gehalten? Eine mögliche Erklärung sieht Politologin Praprotnik weniger in den politischen Versprechen der Parteien als darin, dass später Entscheidungen getroffen werden, die vorher nicht angekündigt wurden: „Analog zum Bereich des Wohlfahrtsstaats, der nur Versprechungen über dessen Ausbau beinhaltet, fehlt es im politischen Angebot der Parteien im Bereich der Budgetpolitik an Ankündigungen von Steuererhöhungen.“ Ausnahmen bilden dabei laut Praprotnik die SPÖ-Forderungen nach einem höheren Steuersatz für Spitzen-

pensionen oder einer Vermögenszuwachssteuer. „Im politischen Wettbewerb der 1990er-Jahre waren Steuererhöhungen ausschließlich im Zusammenhang mit einem besseren Umweltschutz ein Thema.“

Aufs Thema kommt's an

Welche Themen diskutiert werden, spielt eine wichtige Rolle für die politischen Parteien, die nicht bei allen Themen dieselbe Glaubwürdigkeit genießen. Bei Klima- und Umweltschutz liegen z. B. die Grünen vorne. Geht es um Sicherheit, wird der Volkspartei viel Vertrauen entgegengebracht, bei sozialer Gerechtigkeit der Sozialdemokratie. Dass ein Thema, nämlich die Migration, ab 2015 ungewöhnlich lange thematische Konjunktur im österreichischen Politikdiskurs hatte, hängt auch damit zusammen, dass bestimmte Parteien hier ihre thematische Kernkompetenz ausmachten und das Thema kontinuierlich weiter aufgriffen, ob in Pressemitteilungen, Reden, Absichtserklärungen oder öffentlichkeitswirksamen politischen Maßnahmen. Auf einem der Höhepunkte war im Juli 2017 gar von Panzer am Brenner zur Verhinderung illegaler Migration die Rede. War das vor allem Schlagzeilenpolitik, oder war das wirklich eine drängende politische Maßnahme? Darüber gingen die Meinungen auseinander. In den Schlagzeilen hatten die Panzer am Brenner allemal eine Wirkung, selbst wenn sie am Ende gar nicht ausrückten.

Aus Sicht der Menschen

Ob der politische Diskurs und seine Schlagzeilen überhaupt das widerspiegeln, was die Menschen wirklich beschäftigt, ist eine weitere viel diskutierte Frage. Was die Menschen für wichtige Themen halten, wird im Rahmen des Eurobarometers erhoben, und zwar halbjährlich EU-weit. „Was sind Ihrer Meinung nach die beiden wichtigsten Probleme, denen Ihr Land derzeit gegenübersteht?“, wird dann gefragt. Aus vorgegebenen Themenkategorien können die Teilnehmenden auswählen. Im Juni 2019 wurden in Österreich am häufigsten die Themen „Steigende Preise,

Inflation, Lebenshaltungskosten“; „Gesundheit und soziale Sicherheit“ sowie „Umwelt, Klima und Energie“ genannt.

Im damals beginnenden Nationalratswahlkampf spielte das Thema Inflation keine große Rolle. Um Gesundheit und soziale Sicherheit sowie um den Klimaschutz ging es allerdings sehr stark. Laut einer Erhebung des Meinungsforschungsinstituts SORA waren die drei am häufigsten diskutierten Themen der Umwelt- und Klimaschutz, die Käuflichkeit der Politik nach „Ibiza“ sowie Gesundheit und Pflege.

Weiterlesen lohnt sich

Der politische Diskurs bildet also durchaus ab, was die Gesellschaft beschäftigt. Und was in den Wahlprogrammen der Parteien steht, sollte man ernst nehmen. Was darin nicht erwähnt wird und dann trotzdem passiert, kann allerdings für die eine oder andere Überraschung und Enttäuschung sorgen.

Natürlich gibt es Politik, die den Namen Schlagzeilenpolitik verdient, und politische Kommunikation, die tatsächlich nichts anderes als Schlagzeilen und Berichterstattung zum Ziel hat; Dirty Campaigning, bei dem es bloß darum geht, politische KontrahentInnen in ein schlechtes Licht zu rücken; spektakuläre Pressemeldungen, die dazu dienen, den Fokus der Berichterstattung auf sich zu ziehen, zum Beispiel um von etwas abzulenken; inhaltsarme Fototermine und andere politische Hütchenspielertricks. Die Tagespolitik wird immer wieder von dieser kurzfristigen Schlagzeilenpolitik dominiert. Im Hintergrund geht es jedoch auch dabei immer um das, was in Parteiprogrammen nachzulesen ist, und meist auch um jene Themen, die der Gesellschaft wichtig sind. Das entgeht leider jenen, deren Aufmerksamkeitsspanne nach der Headline endet.

Schreiben Sie Ihre Meinung an den Autor
thomas@stollen.work
 oder an die Redaktion
aw@oegb.at

Digital Natives on the Road

Sind neue soziale Bewegungen wie „Fridays for Future“ bloß Modeerscheinungen oder Signale dafür, dass auch die Demokratie modernisiert werden muss?

Astrid Fadler
Freie Journalistin

Fast 1,8 Millionen Menschen sollen im März 2019 beim ersten weltweit organisierten Klimastreik an den Demonstrationen von „Fridays for Future“ teilgenommen haben – keine Kleinigkeit, selbst in Zeiten von Facebook, Twitter & Co. Was 2018 mit der besorgt und gleichzeitig trotzig blickenden Greta Thunberg vor dem schwedischen Reichstag mit dem Schild „Schulstreiks fürs Klima“ begonnen hat, ist heute eine riesige globale Bewegung, die auch in kleinen Städten und Gemeinden aktiv ist. Rasch haben sich Erwachsene angeschlossen und spezielle Allianzen gebildet wie Parents, Teachers, Farmers oder „Workers for Future“. Die Stellungnahme der „Scientists for Future“ haben allein im deutschsprachigen Raum rund 27.000 WissenschaftlerInnen unterschrieben.

Nun sind Demonstrationen an sich ja nichts Neues, aber manche Ausprägungen sind doch bemerkenswert. Während bei den „Fridays for Future“ vor allem die

unglaubliche Popularität Greta Thunbergs und das weltweit rasche Anwachsen ungewöhnlich erscheinen, so überraschen bei anderen Bewegungen die Kontinuität und das Durchhaltevermögen, etwa bei den wöchentlichen „Donnerstagsdemos“ gegen Schwarz-Blau von 2000 bis 2002 und zuletzt gegen Türkis-Blau.

28 Prozent NichtwählerInnen

Weltweit brachte die Digitalisierung zahlreiche Vorteile für jede Art von Protestaktionen und sozialen Bewegungen. Das kann aber keineswegs die einzige Erklärung dafür sein, dass auf der ganzen Welt Unzufriedene aller Altersgruppen und sozialen Schichten auf die Straße gehen. Hier drängt sich der Zusammenhang mit dem globalen Phänomen der sinkenden Wahlbeteiligung auf. Bei der Nationalratswahl 2019 gingen beispielsweise in Wien 28 Prozent der Wahlberechtigten gar nicht zur Urne. Naturgemäß ist der Anteil der unzufriedenen NichtwählerInnen unter den sozial schlechter Gestellten höher, das bedeutet, dass der Anteil Gutsituierter unter den WählerInnen steigt. Diese votieren für jene KandidatInnen, die auch ihre Interessen vertreten. Dadurch rücken die Interessen der sozial schlechter gestellten und nicht finanzkräftigen Menschen noch mehr in den Hintergrund – ein Teufelskreis.

Für den kanadischen Politikwissenschaftler und Philosophen **Charles Taylor** ist die Demokratie in der Krise. Immer mehr Menschen haben das Gefühl, dass ihre Anliegen ohnehin nicht gehört werden. Viele, die den Gang zur Wahlurne nicht von vornherein verweigern, werden dann zu ProtestwählerInnen, die extrem

rechte Politiker oder Spaßparteien wählen, einfach weil sie, wenn sie schon nichts ändern können, damit den Verantwortlichen wenigstens eins auswischen wollen. Beim Thema Klimawandel bieten „Fridays for Future“ immerhin den Menschen die Möglichkeit, ihren Ängsten ein Gemeinschaftsgefühl entgegenzusetzen.

Greta als Identifikationsfigur

Seit dem Frühjahr 2019 beschäftigt sich die Forschungswerkstatt Protest – ein Kollektiv von Lehrenden und Studierenden am Institut für Internationale Entwicklung der Uni Wien – mit den „Fridays for Future“. „Die ersten Ergebnisse“, so berichtet die Protest- und Bewegungsforscherin Antje Daniel, „bestätigen nur zum Teil das von den Medien vermittelte Bild der Bewegung.“ Offensichtlich handelt es sich bei „Fridays for Future“ um eine sehr junge Bewegung, anfangs waren viele TeilnehmerInnen zum ersten Mal auf einer Demo. Mittlerweile haben sich immer mehr Erwachsene angeschlossen, etwa junge Familien, die Angst um die Zukunft ihrer Kinder haben. Mit über 56 Prozent war der Anteil weiblicher Demonstrationsteilnehmerinnen vor allem anfangs ungewöhnlich hoch, erzählt Antje Daniel. „Als Greta Thunberg Ende Mai auf der Klimademo Wien war, lag der Frauenanteil sogar bei über 60 Prozent.“ Die ungeheure Popularität der 16-jährigen Galionsfigur entspreche allerdings nicht ganz der Realität innerhalb der Bewegung. Unter den AktivistInnen stehe Greta wesentlich weniger im Rampenlicht, als der Medien-Hype vermuten ließe, so die Forscherin.

BUCHTIPP

Nina Horaczek,
Sebastian Wiese:
Wehrt euch!

Wie du dich in einer Demokratie engagieren und die Welt verbessern kannst,
Czernin Verlag,
2019, € 20,00
ISBN: 978-3-7076-0675-1

Bestellung:
www.besserewelt.at



Wie weit werden PolitikerInnen und andere EntscheidungsträgerInnen durch Protestbewegungen beeinflusst? Die „Fridays for Future“ jedenfalls vertreten die Meinung, dass die Politik die Pflicht hat, Rechenschaft abzulegen. Vor der Nationalratswahl präsentierten die KandidatInnen der Parteien im TV ihre Klimakonzepte. Gemeinsam mit den WissenschaftlerInnen von „Scientists for Future“ wurde diskutiert, wie das Ziel von 1,5 Grad Erwärmung eingehalten werden kann. Auch dass in den vergangenen Monaten immer mehr Gemeinden oder auch ganze Bundesländer wie etwa Vorarlberg den Klimanotstand ausgerufen haben, dürfte zum großen Teil den „Fridays for Future“ zu verdanken sein. Wobei die Bewegung immer wieder sehr genau darauf achtet, sich parteipolitisch nicht zu positionieren und sich von keiner Partei vereinnahmen zu lassen.

Emotionen als Politikfaktor

Das Klima ist ein sehr umfassendes Thema und betrifft alle Menschen. Auch das sei, meint Lukas Franta, Stadtforscher am Raumplanungsinstitut der TU Wien, eine Erklärung für die rasche Verbreitung der Bewegung: „Als junge, globale Bewegung ist sie aber auch ein deutliches Zeichen dafür, dass die Jugend nicht so desinteressiert ist, wie vielfach behauptet, und Politisierung unabhängig von Parteien möglich ist.“

Vor allem nach ihrem „How dare you?“-Ausspruch vor dem UN-Klimagipfel sorgte Greta Thunberg wieder für Kontroversen. Dabei, so Franta, sei Emotionalisierung auch abseits solcher Bewegungen derzeit zentraler Bestandteil in der Politik. Von einer echten Krise der liberalen Demokratie möchte der Wissenschaftler, der sich auch mit den „Donnerstagsdemos“ befasst hat, zwar nicht sprechen, aber die Ansprüche an die Demokratie hätten sich verändert. „Es müssen neue Wege gefunden werden, um **Grassroots**-Themen miteinzubeziehen. Protest sollte als legitime Form der Beteiligung gesehen werden.“

Viele moderne Protestbewegungen, ob global oder regional, wollen vor allem eines: ihre Ideen durchsetzen. Sie wollen nicht die Gesellschaft verändern, Kritik am Kapitalismus oder der Wachstumsge-



Menschen organisieren sich inzwischen in vielen vielerlei sozialen Bewegungen. Sie sind nicht nur Fransen der Demokratie, sondern wichtiger Teil des großen Ganzen.

sellschaft an sich wird nur selten laut. Andere wiederum haben sehr wohl den Anspruch, neue Formen der BürgerInnenbeteiligung zu etablieren. Dazu zählt etwa „Extinction Rebellion“ (Rebellion gegen das Aussterben). Die 2018 gegründete globale Umweltschutzbewegung hat schon durch radikaleres Vorgehen, wie beispielsweise das Färben des Zürcher Flusses Limmat in Giftgrün, oder durch Straßenblockaden Aufsehen erregt. Mit gewaltfreien Aktionen zivilen Ungehorsams will Extinction Rebellion (XR) die sofortige Änderung der Klimapolitik erreichen und fordert dafür auch die Etablierung neuer partizipatorischer Demokratieelemente wie etwa Bürgerversammlungen.

Veränderungsbedarf

Manche BürgerInnenbewegungen haben tatsächlich den politischen Alltag verändert. So ist etwa 2014 in Spanien aus der Bewegung **15-M** die linkspopulistische Partei Podemos (Wir können) entstanden. Bratislavas neuer Bürgermeister, der Architekt Matúš Vallo, war vor seiner Wahl Aktivist und setzt auch jetzt noch auf verstärkte BürgerInnenbeteiligung.

In vielen Städten, von Irland über Italien bis nach Spanien, haben sich in den vergangenen Jahren BürgerInnenbewegungen bzw. -plattformen gebildet, aus denen wiederum neue Formen der Beteiligung hervorgegangen sind. So verfügt beispielsweise in Madrid die BürgerInnenversammlung Observatorio de la Ciudad aktuell über ein Budget von 100 Millionen Euro.

Aber nicht nur in Europa gibt es diese Bestrebungen, 2015 wurde der junge Pedro Kumamoto als erstes Mitglied ins mexikanische Parlament gewählt, das keine Anbindung an eine Partei hatte. Er war Teil der Gruppe „Wikipolitica“, die aus der mexikanischen Version von „Occupy Wall Street“ entstanden war. Mittlerweile hat Kumamoto, der für mehr Unabhängige in der Politik kämpfte, eine Partei gegründet.

Schreiben Sie Ihre Meinung an die Autorin
afadler@aon.at
 oder an die Redaktion
aw@oegb.at

Mitbestimmen und etwas verändern wollen

Susanne Hofer ist die erste weibliche Vorsitzende der Österreichischen Gewerkschaftsjugend. Demokratie ist für sie mehr, als zu einer Wahl zu gehen. Als politikverdrossen nimmt sie ihre AltersgenossInnen nicht wahr. Das Schlimmste, was Politik machen könne, sei, junge Menschen daran zu hindern, wenn sie sagen, sie wollen mitbestimmen.

Interview Barbara Kasper
Fotos Markus Zahradnik

Arbeit&Wirtschaft: Was bedeutet Demokratie für dich, und was bedeutet sie deiner Meinung nach für Jugendliche?

Susanne Hofer: Für mich persönlich bedeutet Demokratie, dass man mitbestimmt, aber auch die Möglichkeiten dazu hat. Denn um mitbestimmen zu können, muss man informiert sein, man muss eine gewisse Bildung genossen haben und sich eines Themas annehmen. Ich glaube, dass ganz viele Jugendliche das Thema Demokratie als schwierig ansehen.

Grundsätzlich bedeutet diese „Demokratie-Sache“ für viele einfach: „Ich geh’ zu einer Wahl, ich geh’ wählen.“ Aber Demokratie ist viel mehr. Demokratie heißt auch, dass man sich auskennt und dass man über Geschehnisse in seinem Umfeld Bescheid weiß. Es heißt aber auch, mal Nein zu gewissen Dingen zu sagen, wenn man bemerkt, dass die nicht im Interesse der Lehrlinge sind. So wie das zum Beispiel bei der geplanten Abschaffung des Jugendvertrauensrats war. Und Demokratie heißt auch, dass man sich zum Beispiel für eine bessere Lehrlingsentschädigung einsetzt. Demokratie heißt: mitbestimmen auf ganz vielen Ebenen unserer Gesellschaft.

Was brauchen Jugendliche, um besser mitbestimmen zu können?

Man sollte sie auf jeden Fall in Entscheidungen einbinden. Schon in der Volksschule sollte man versuchen, junge Menschen reflektieren zu lassen. Bildung darf nicht wie durch einen Trichter einfach in den Kopf fließen, egal bei wem. Man sollte immer darauf schauen, dass man versteht, was man lernt, und dass man umsetzen kann, was man lernt. Wenn junge Menschen sagen, sie wollen mitbestimmen, ist es das Schlimmste, sie daran zu hindern. Das passiert in unserer Gesellschaft noch viel zu oft. Das beste Beispiel dafür ist „Fridays for Future“. Da hat sich eine Bewegung von unten heraus gebildet, junge Menschen haben sich zusammengetan, um für eine Sache einzustehen, sie wurden politisch aktiv. Aber weil sie dadurch in der Schule gefehlt haben, wurde daraus was Schlimmes für die Republik. Sogar Bundesminister und Bundesministerinnen haben gesagt, dass es nicht in Ordnung sei, dass die Leute am Freitag nicht in die Schule gehen. Aber genau das ist Demokratie, dass man mitbestimmen will, dass man etwas verändern will und dass man auch sagt: Hey, es muss jetzt etwas getan werden.

Jugendlichen im Allgemeinen wird oftmals vorgehalten, sie seien nicht an Demokratie und deren Prozessen interessiert. Wie erlebst du das?

Das ist eine Augenauswischerei. Eine Ausrede von Politikern und Politikerinnen, die nichts auf die Meinung Jugendlicher geben oder denen es zu anstrengend ist, sich diesem Diskurs hinzugeben. Es bräuchte noch viel mehr. Einen Diskurs zum Beispiel, um gemeinsam die Zukunft zu gestalten. Aber das ist natürlich Arbeit. Dazu braucht es natürlich viel mehr Bildung, Informationen und dann die Zeit und den Rahmen, darüber zu sprechen. Bei unserer Kampagne „JVR bleibt!“ haben viele Lehrlinge bewiesen, dass ihnen Mitbestimmung etwas wert ist.

Was bringt es einem 16-jährigen Lehrling, sich als Jugendvertrauensrat im Betrieb zu engagieren?

Ganz viel! Auf der einen Seite steckt da extrem viel persönliche Entwicklung drin. Mit der Aufgabe als Jugendvertrauensrat im Betrieb kann jeder und jede an sich selbst wachsen. Für jemanden da zu sein, auf jemanden zu schauen ist eine besondere Aufgabe, bei der man Verantwortung übernehmen und gleichzeitig



Susanne Hofer. Die 25-jährige Susanne Hofer ist die erste weibliche Vorsitzende der Österreichischen Gewerkschaftsjugend und damit der größten politischen Jugendorganisation Österreichs mit 140.000 Mitgliedern. Nach Barbara Teiber als GPA-djp-Vorsitzende und Renate Anderl als AK-Präsidentin ist das die dritte gewerkschaftliche Spitzenposition, die von einer Frau bekleidet wird. Die Grazerin ist Betriebsrätin bei der Lebenshilfe, kommt aus dem Bereich der Behindertenbetreuung und ist außerdem Funktionärin in der GPA-djp. Am 30. November 2019 wurde sie am 36. ÖGB-Bundesjugendkongress von 85,9 Prozent der Delegierten zur ÖGJ-Vorsitzenden gewählt.



Wir versuchen, mit den Betriebsratsmitgliedern zu kommunizieren und ihnen zu sagen: Es ist ihr Job, die Jungen zu ermutigen.

Susanne Hofer

mitbestimmen kann. Das sind Erfahrungen, die einen prägen. Andererseits glaube ich auch, dass man innerhalb des Betriebs Anerkennung bekommt. Als Jugendvertrauensrat hat man die Möglichkeit, den Betrieb ganz anders kennenzulernen. Junge Leute können in eine Führungsrolle schlüpfen und lernen, sich für eine Sache einzusetzen, Nein zu sagen und was es heißt, sich zu organisieren und sich für ein Thema starkzumachen.

Vor allem aber sind Jugendvertrauensräte für andere Lehrlinge und junge ArbeitnehmerInnen wichtig. Sie müssen auch oft zurückstecken und die eigenen Bedürfnisse zurückschrauben. Immerhin setzen sie sich ja für andere ein. Sie kümmern sich darum, dass es anderen gut geht, und achten darauf, dass die Rechte von anderen eingehalten werden. Wenn sie etwas umgesetzt oder geschafft haben, ist das ein extremes Erfolgserlebnis für sie.

Du hast gesagt, dass es, um mitbestimmen zu können, auch Bildung braucht. Wie kommen Jugendvertrauensräte zu dieser Bildung?

Jugendvertrauensräte können an Bildungsseminaren der Gewerkschaften und des ÖGB teilnehmen, damit sie anderen helfen können. Bildung und Demokratie hängen ja unmittelbar miteinander zu-

sammen. Auch Austausch und das Vernetzen mit anderen jungen Menschen, die sie dort kennenlernen, ist für ihre Arbeit von großer Bedeutung. Sie haben dadurch Kontakte in ganz Österreich und können sich bei schwierigen Problemen gegenseitig unterstützen. Das ist etwas Besonderes, das sie ohne die Funktion des Jugendvertrauensrats nicht hätten.

Haben viele Jugendliche auf der anderen Seite nicht das Gefühl, nicht gehört zu werden?

Ich glaube, dass es hier mehr Entwicklung braucht. Wir versuchen, mit den Betriebsratsmitgliedern zu kommunizieren und ihnen zu sagen: Es ist ihr Job, die Jungen zu ermutigen. Gerade wenn man jung ist, ist es für viele auch eine Überwindung, die eigene Meinung zu sagen und für seine Überzeugung einzustehen. Da braucht es auch mehr Information und Ermutigung von unserer Seite.

Wir versuchen daher unsere Jugendvertrauens-Konferenzen noch größer zu machen. Wir versuchen neue Konzepte zu entwickeln, wie Lehrlinge auch in der Österreichischen Gewerkschaftsjugend besser mitbestimmen können. Und ich glaube, das braucht es im ganzen ÖGB. Wir wollen, dass Bewegungen wie „Fridays for Future“, all die jungen Menschen auch bei uns andocken

können und sagen können, wie sie die Arbeitswelt grüner gestalten wollen. Da braucht es Strategien und Aktionen, damit wir da besser werden.

„Fridays for Future“ oder auch #MeToo zeigen, dass sich Bewegungen von unten herausbilden. Können da Organisationen wie die ÖGJ, die doch mit eher klassischen Strukturen arbeitet, junge Menschen zum Mitmachen begeistern?

Der erste Schritt ist herauszufinden, was die Leute brauchen und was sie wollen. Es geht darum, was man anbietet. Und da versuchen wir, nicht von oben vorzugeben, was Sache ist, sondern unten bei der Basis zu fragen. Wir haben im Juli und August eine Sommertour gemacht, wo ich bei Lehrlingen in ganz Österreich war und sie gefragt habe, was sie berührt. Ganz viele haben mit mir über Mobilität gesprochen. Viele haben davon gesprochen, dass sie sich ohnmächtig fühlen und nichts tun können.

Da geht es für uns genau darum, dass wir diese Themen, die den Lehrlingen wichtig sind und die sie uns mitteilen, in Angriff nehmen. Und andererseits ihnen die Möglichkeit geben – auf eine ganz einfache Weise zum Beispiel über Instagram –, sich zu informieren, zu partizipieren und mit uns gemeinsam eine Aktion zu gestalten.

Klassische Medien wie der öffentliche Rundfunk stellen die vierte Säule der Demokratie dar. Jetzt ist es so, dass viele junge Menschen diese klassischen Medien gar nicht mehr konsumieren. Fehlt da nicht etwas?

Ich glaube, es geht genau darum, dass es kein Entweder-oder ist. Wenn man nur Social Media konsumiert, ist das okay, das ist einfach unsere digitalisierte Welt. Es geht darum, dass alle, egal ob Jung oder Alt, reflektieren und wissen: Ich muss das, was ich gerade konsumiert habe, reflektieren. Und ich muss nachschauen, ob es woanders vielleicht anders steht.

Ich glaube, das hat gar nicht so viel zu tun mit Print oder Online. Ich glaube vor allem, dass der ORF da schon sehr weit ist und viel macht. Die versuchen auch mit Instagram neue Kanäle aufzuziehen. Es ist unser Job, diese Informationen aufzunehmen und diese Infos über

Social Media zu spielen. Aber es braucht beides: den kurzen Weg, wo sich Leute schnell informieren können; und es braucht auch diese klassischen Medien, wo ich mich tiefgründiger informieren kann, wenn mich etwas beschäftigt oder berührt hat. Etwas, wo ich Hintergrund-Infos finden und konsumieren kann.

Was entgegnest du jemandem, der sagt: „Es bringt eh nichts, sich zu engagieren oder mitzubestimmen, die Politik macht obnehin, was sie will“?

Am besten funktioniert das mit Positivbeispielen wie mit unserer „JVR bleibt!“-Kampagne oder mit unserer „Internatskosten weg!“-Kampagne. Wir waren einfach stark, haben uns eingemischt, haben zusammengehalten, haben versucht, alle Bereiche in unserer Gesellschaft darüber zu informieren, warum unsere Anliegen wichtig sind, und haben damit einen Einfluss auf die Politik genommen. Politik heißt ja nicht nur, die Bundesminister oder den Bundeskanzler von etwas zu überzeugen, sondern da geht es ganz oft um die kleine Ebene – etwa mit dem Bürgermeister in dem Dorf oder in der Stadt, in der man wohnt, zu reden. Oder eine andere Jugendorganisation, die Landjugend zum Beispiel, mitzunehmen und davon zu überzeugen, dass es wichtig ist, dass wir Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen stark sind und unsere Rechte eingehalten werden müssen. Wir müssen unsere Erfolge viel mehr verbreiten.

Ist das nicht die Aufgabe von PolitikerInnen?

Man muss immer wieder darauf hinweisen, dass sich in der Vergangenheit nichts bewegt hätte, wenn sich nicht auch „normale“ Leute aufgerafft und engagiert hätten. Es braucht die Zivilgesellschaft, es braucht einfach Leute, die sich für ein gutes Miteinander und eine gerechte Gesellschaft einsetzen.

Das heißt auch, darauf zu schauen, dass es nicht zu dem Punkt kommt, wo es kippt, wo irgendwer oder eine kleine Gruppe einen großen Nachteil hat – wo Minderheiten als Sündenböcke dienen, wo jemand leidet, wo Hetze passiert und Hass die Politik dominiert. Dem müssen wir entgegenwirken und aus der Geschichte lernen, damit es nicht eskaliert.

Populismus ist auf dem Vormarsch. Nicht nur in den USA, auch in Europa und Österreich. Was kann hier die Antwort sein? Wie dem entgegenwirken?

Ich glaube, dass das ein großer Auftrag an die Bildung ist. Die Schule muss hier mitwirken, und Politik muss auch in der Schule interessant gestaltet werden. Auch hier geht es wieder um das Reflektieren, klarzumachen: PolitikerInnen wollen nicht immer das Beste für einen und schon gar nicht für alle. Da braucht es Aufklärung. Es geht darum, dass man informiert ist, dass einem bewusst ist, dass Populismus passiert. Ich glaube, vielen ist das nicht klar und viele wollen auch wieder von einer starken Persönlichkeit, einem starken Bundeskanzler, geführt werden. Da muss man schon im Auge haben: Setzt sich diese Person auch

müssen stärker werden, müssen junge Menschen überzeugen, sich zu engagieren. Wir müssen jungen Menschen das Werkzeug in die Hand geben, unterscheiden zu können, was gut und was nicht gut für sie ist. Wir sind das Verbindende der ArbeitnehmerInnen, und ich will den jungen Leuten den Stolz zurückgeben und ihnen zeigen, dass arbeiten zu gehen etwas Gutes und nichts Schlechtes ist.

Ich habe deshalb kandidiert, weil ich ArbeitnehmerInnen und Lehrlingen zeigen will, was Solidarität ist. Ich will ihnen zeigen: Wenn man zusammenhält, kann man was bewegen. Die Österreichische Gewerkschaftsjugend kann das gut. Wir bestehen aus vielen unterschiedlichen Menschen – KellnerInnen, FriseurInnen, Bürokaufleuten, MetallereInnen. Wir halten zusammen, weil wir



Bei Politik geht es ganz oft um die kleine Ebene, nicht nur um die „große Politik“.

für meine Interessen ein oder nicht? Nur weil am Plakat steht: „Es ist Zeit für Neues“, heißt das nicht, dass „Neues“ etwas Gutes ist, dass „Neues“ etwas Gutes für den Großteil der Gesellschaft ist.

Warum hast du als Vorsitzende der größten Jugendgewerkschaft kandidiert?

Die Gewerkschaftsjugend hat schon so viel erreicht. Vor allem in Zeiten, in denen wir wieder vor einer Regierung stehen, die mit sehr viel Populismus arbeiten wird, braucht es uns, braucht es eine starke Stimme der jungen ArbeitnehmerInnen. Wir

etwas verändern wollen und weil wir wollen, dass sich in der Welt etwas bewegt. Das ist so etwa Schönes, und da will ich einfach mitgestalten. Ich will, dass wir noch viel stärker und lauter werden und dass viel mehr Leute von der Gewerkschaftsjugend erfahren. Das ist ein ganz kleines Ziel. (lacht)

Schreiben Sie Ihre Meinung
an die Redaktion
aw@oegb.at

Demokratie der ArbeitnehmerInnen

Warum Demokratie gerade für ArbeitnehmerInnen historisch ein wichtiges Ziel war und was das mit der Selbstverwaltung zu tun hat.

Beatrix Mittermann

Redakteurin des ÖGB-Verlags

In einer Demokratie herrscht das Volk – das sagt bereits der Name, der sich aus den altgriechischen Wörtern *demos* und *kratós* zusammensetzt und so viel bedeutet wie Herrschaft des Volkes. Und dieses Volk besteht zu einem großen Teil aus ArbeitnehmerInnen. Im allgemeinen politischen Kontext bedeutet Demokratie Mitbestimmung in den großen Fragen, die das Land bewegen. Zudem geht es in der Demokratie aber auch um die Rechte, die jeder bzw. jede Einzelne in Österreich hat – egal ob UnternehmerInnen, ArbeiterInnen, Angestellte, freie DienstnehmerInnen, Lehrlinge, PensionistInnen oder Arbeitslose.

Es war jedoch nicht immer so, dass alle StaatsbürgerInnen eine Stimme hatten und mitentscheiden durften. So gab es im 19. Jahrhundert das Zensuswahlrecht, das bedeutete, dass nur jene Personen wahlberechtigt waren, die zumindest zehn Gulden an Steuern bezahlten. Zudem waren die Stimmen gewichtet: Wer mehr Besitz hatte, dessen Stimme zählte mehr. Es war ein weiter Weg zum allgemeinen Wahlrecht, wie wir es heute kennen; ein weiter Weg zu jenem Punkt, an dem jede und jeder ein Recht – und zwar dasselbe Recht – darauf hatte, mitzubestimmen.

Im Lauf der Geschichte haben sich die arbeitende Bevölkerung sowie ihre Interessenvertretungen immer wieder für die Rechte der ArbeitnehmerInnen eingesetzt. Und das war auch bitter nötig. Man denke nur an die verheerenden Arbeitsbedingungen der letzten Jahr-

hunderte: überlange Arbeitstage von bis zu 18 Stunden, kaum Erholungspausen oder Urlaube. Seither hat sich viel getan. Arbeitsbedingungen haben sich immer weiter zum Positiven verändert. Und auch ein wichtiges Netz zur sozialen Absicherung hat sich in Österreich etabliert: die Sozialversicherung, die unter dem Grundsatz der Selbstverwaltung eingeführt wurde.

Das unbekannte Wesen

Selbstverwaltung: Jemand – eine Person, Organisation, Institution – verwaltet sich selbst. Klingt einfach, wird aber komplex, wenn dabei unterschiedliche Interessen aufeinanderprallen. Jene, deren finanzielle Ressourcen eingehoben werden, sollen selbst entscheiden, also verwalten, was damit geschieht. So die Theorie. Bis vor Kurzem war das auch gelebte Praxis. Doch das hat sich geändert: im Zuge der Reformen der ehemaligen türkis-blauen Regierung.

Aber der Reihe nach: Was bedeutet Sozialversicherung überhaupt? Darunter versteht man die Absicherung des wirtschaftlichen Risikos beim Ausfall der Erwerbsfähigkeit. Was hier noch relativ abstrakt wirkt, bedeutet nichts anderes, als dass durch ein kollektives Versicherungssystem die Risiken von allen Versicherten getragen werden, wenn sie etwa krank sind oder ihren Arbeitsplatz verlieren. Die Finanzierung dieser Leistungen funktioniert mittels eines Umlageverfahrens. Das bedeutet, dass Leistungen nicht angespart werden, sondern stattdessen die heute Aktiven die Beiträge für die heute Anspruchsberechtigten leisten. Und das im Zuge des Solidari-

tätsprinzips, dessen Ausgleich zwischen Jung und Alt, zwischen Kranken und Gesunden sowie besser und weniger gut verdienenden Menschen dafür sorgt, dass die Versicherten eine solidarische Gemeinschaft bilden.

Kann also jemand aufgrund von Krankheit oder Mutterschaft nicht arbeiten, kommt die Krankenversicherung ins Spiel, die sowohl Sachleistungen – beispielsweise die medizinische Behandlung oder Pflege – als auch Geldleistungen in Form von Kranken- oder Wochengeld erbringt. Bei einem Arbeitsausfall, der durch einen Arbeitsunfall oder eine Berufskrankheit begründet ist, wird die Unfallversicherung aktiv. Und kann jemand aufgrund des Alters oder von Erwerbsunfähigkeit nicht mehr arbeiten, ist das ein Fall für die Pensionsversicherung. Im weiteren Sinne gehört auch die Arbeitslosenversicherung zur Sozialversicherung – mit dem Unterschied, dass sie nicht wie die anderen drei Bereiche in Selbstverwaltung, sondern in staatlicher Verwaltung des Arbeitsmarktservice steht.

Keine Weisungen

Doch was genau versteht man jetzt eigentlich unter Selbstverwaltung? Gemeint ist die Verwaltung durch die betroffenen Personengruppen selbst, also im Fall von Angestellten und ArbeiterInnen durch die Arbeitgeber- und ArbeitnehmervertreterInnen. Oder anders formuliert: Der Staat verwaltet diese Institutionen nicht selbst, sondern überträgt diese Aufgaben den sogenannten Selbstverwaltungskörpern. Diese werden aus

VertreterInnen der unmittelbar betroffenen Personengruppen gebildet. Sie sind an keine Weisungen durch staatliche Behörden gebunden, der Staat aber behält sich ein Aufsichtsrecht vor.

Solidaritätsbewusstsein

Das bringt einerseits den Vorteil, dass diese Verwaltung demokratisch und versichertennahe ist. Das stärkt auch das Solidaritätsbewusstsein. Andererseits kann sie auch unbürokratisch und entscheidungsfreudig agieren. Woran hat nun die letzte Regierung gerüttelt und zu welchen Verschlechterungen für ArbeitnehmerInnen ist es dadurch gekommen? Zunächst sei erwähnt, dass im Zuge der Sozialversicherungsreform die Österreichische Gesundheitskasse (ÖGK) geschaffen wurde, wodurch die bisher 21 Sozialversicherungsträger auf fünf reduziert wurden. Bislang standen bei der Gesundheitsversorgung Werte wie Regionalität, Eigenverantwortung und Innovationskraft an oberster Stelle. Regional heißt: „nahe bei den Versicherten“, und das wiederum ist die Voraussetzung dafür, „flexible, der Region angepasste Lösungen zu finden“, so Manfred Brunner, Obmann der Vorarlberger Gebietskrankenkasse und stellvertretender Obmann der Pensionsversicherungsanstalt. Inwiefern die Versicherten von der geplanten Zentralisierung – und nichts anderes bedeutet die Zerschlagung der regionalen und damit den Bedürfnissen am besten angepassten Versorgungsstruktur – profitieren, entzieht sich jeglicher Logik.

Die wohl größte Änderung bezieht sich auf die Zusammensetzung jener Personengruppe, auf die diese Selbstverwaltung übertragen ist. Denn das Machtgefüge innerhalb der Sozialversicherung hat sich verschoben. Bisher waren es die ArbeitnehmerInnen, die in den geschäftsführenden Gremien der Gebietskrankenkassen die Mehrheit hatten. Das hat einen ganz entscheidenden Grund, denn um ihre Interessen geht es schließlich – und im Sinne der Mitbestimmung sollen sie sich auch ein entscheidendes Wörtchen mitzureden haben, was mit ihren Beiträgen geschieht. Im Zuge der Reform ist es nun allerdings zu einem Gleichstand zwischen Arbeitgebern und ArbeitnehmerInnen gekommen. Christoph Klein, Direktor der

Selbstverwaltung in der Sozialversicherung – Aushebelung der Beschäftigten

Verhältnis ArbeitnehmerInnen | Arbeitgeber

vor 2019



seit 2019



Quelle: Arbeiterkammer

AK Wien und der Bundesarbeitskammer, verweist darauf, dass Arbeitgeber kein Eigeninteresse an guten Leistungen der ÖGK haben: „Erstens sind die Unternehmen naturgemäß daran interessiert, ihre Dienstgeberbeiträge zu senken, was den Druck erhöhen würde, auch die Leistungen zu reduzieren. Zweitens haben manche von ihnen ein Interesse, selbst gute Geschäfte zu machen, etwa durch Privatisierung im Gesundheitswesen.“

Zum Nachteil der ArbeitnehmerInnen

Was bedeutet diese Änderung nun langfristig? Entscheiden sich die VertreterInnen der Arbeitgeber beispielsweise dafür, Einsparungen vorzunehmen und die Leistungen zu kürzen, hat das negative Auswirkungen auf die Versicherten. Sie erhalten dadurch in den unterschiedlichsten Situationen nicht das, was sie eigentlich brauchen würden. Und wem nützt das? Man bedenke, dass Arbeitgeber auch Unternehmer sind, die am freien Markt ihre Geschäfte machen – in den unterschiedlichsten Branchen. Und natürlich sind einige davon in der Versicherungsbranche tätig. In einem Land, in dem alle gut abgesichert sind, ist die Nachfrage

nach zusätzlichen Versicherungen nicht ganz so weit verbreitet. Sägt man jedoch an dieser gesetzlich vorgeschriebenen Absicherung für alle, profitiert vor allem der private Versicherungsmarkt.

„Das ist keine Reform. Das ist die bewusste Verhinderung eines funktionierenden Sozialstaats. Man will die interne Demokratie innerhalb der Sozialversicherung beenden“, kritisiert der ehemalige Gesundheitsminister Alois Stöger. Und was bedeutet das für unsere Demokratie? Wolfgang Panhölzl, Referent für Organisation und Finanzierung der Sozialversicherung und Pensionsrecht in der Abteilung Sozialversicherung der AK Wien, betont: „Demokratie hat auch immer etwas mit Zahlen und Verhältnissen zu tun.“ Und ganz ehrlich: Die sind hier ganz schön aus dem Gleichgewicht geraten.

Schreiben Sie Ihre Meinung an die Autorin
beatrix.mittermann@oegbverlag.at
 oder an die Redaktion
aw@oegb.at

Mitbestimmung *im*

FRAGE

Wie beurteilen Sie den Erfolg und die Wirksamkeit der Mitbestimmung in Ihrem Betrieb in folgenden Bereichen?

ERFOLGREICH

Arbeitsbedingungen, Gesundheitsschutz **91%**

Individuelle Serviceleistungen (Beratung, Unterstützung) **86%**

Arbeitszeitregelungen **85%**

Datenschutz, Kontrolle **85%**

Unternehmenskultur, Betriebsklima **84%**

Konfliktlösung, Mediation **81%**

Arbeitsmittel, Infrastruktur **76%**

**WENIGER
ERFOLGREICH**

Wirtschaftliche Mitbestimmung, Unternehmensstrategien **52%**

Betriebliche Strategieentwicklungsprozesse **48%**

Entgeltfragen **31%**

Personalentwicklung, persönliche Weiterbildung **26%**

Personalfragen (Einstellungen, Kündigungen) **24%**

Betrieb?

FRAGE

Warum ist Mitbestimmung wichtig?

Wichtiges Instrument zur *Demokratie* im Betrieb
Fördert die positive Weiterentwicklung von „*guter Arbeit*“
Führt zu gemeinsamen *Lösungen* und *sozialem Frieden*
Führt zur verbesserten *Durchsetzung* von *Ansprüchen* der Beschäftigten

FRAGE

Wo bräuchte es mehr Mitbestimmung?

Ausweitung der Bildungsfreistellung
Erweiterung der Zuständigkeit des Betriebsrates
bei Ausgliederungen (Standortbetriebsrat)
Erzwingbare Betriebsvereinbarungen beim
Einsatz digitaler Technologien
Ausweitung der Mitbestimmung in Aufsichtsorganen
bei wirtschaftlichen Angelegenheiten (Aufsichtsrat)
Ausweitung des Geltungsbereiches des
Arbeitsverfassungsgesetzes (ArbVG)
auf alle wirtschaftlich abhängigen Beschäftigten
wie freie DienstnehmerInnen,
CrowdworkerInnen etc.



„Ein Wahnsinnsjob“

Internet und Sparprogramme mit Personalreduktion setzen JournalistInnen ebenso wie der Medienfreiheit zu.

Heike Hausensteiner
Freie Journalistin

Ein hochprozentiges Konzentrat ist Österreichs Medienlandschaft. „Man ist ja schon gewöhnt daran und dass die Kontrolle der Medienkonzentration nicht funktioniert. Das halte ich nach wie vor für ein großes Problem.“ So kommentiert Daniela Kraus, Generalsekretärin des Presseclub Concordia, die medialen Eigentümerverhältnisse hierzulande. Die Concordia ist ein gemeinnütziger JournalistInnenverein und Watchdog über Presse- und Meinungsfreiheit, kürzlich feierte sie ihr 160-Jahre-Jubiläum. „Ich wage zu behaupten, dass gelegentlich Journalisten und Journalistinnen selbst nicht wissen, wem ihre Medien gehören. Die Auseinandersetzung mit dem eigenen Beruf und den Rahmenbedingungen ist zwar besser geworden, sie könnte aber schon noch intensiver werden. Weil dieses Spannungsfeld die Rahmenbedingungen vorgibt. Und dieses Wissen trägt zur Autonomie bei.“

Speziell im Bereich der Printmedien dominieren vor allem der Raiffeisen-Konzern („Kurier“, „Niederösterreichische Nachrichten“ und Regionalmedien wie die Bezirksblätter u. a.), die Signa-Immobilien-Holding von René Benko („Kronen Zeitung“ mit der österreichweit größten Reichweite), die Katholische Kirche („Presse“, „Kleine Zeitung“ und Regionalmedien) und einige Familien (Dichand, Fellner, Bronner sowie in Westösterreich die Familien Dasch, Moser und Russ), was Herr und Frau ÖsterreicherIn täglich lesen.

Die mangelnde Reflexion über die Besitzverhältnisse gerade auch unter JournalistInnen führt Daniela Kraus etwa auf die

Getriebenheit durch die Tagesaktualität zurück. „Dass es jeden Tag so viel Neues gibt und die Notwendigkeit, sich permanent auseinanderzusetzen mit dem, was passiert.“ Die Situation werde natürlich nicht besser, wenn die Ressourcen knapper werden. „Alle Probleme treten in den Hintergrund, wenn man sich anschaut, wie viel Werbevolumen Google, Facebook & Co. absaugen“, so Kraus. „Das hat auch enorme Auswirkungen auf die Ressourcenausstattung der Redaktionen.“

Verdeckte Finanzierung

Die zweite große Frage sind öffentliche Anzeigen in Verbindung mit Medienförderungen. Dem Vernehmen nach befinden sich manche Medien am Rand ihrer Existenz, nachdem die gescheiterte ÖVP-FPÖ-Regierung ihr übermäßiges Anzeigenvolumen stornierte. Etwa 200 Millionen Euro an Werbevolumen der öffentlichen Hand stehen einer echten Presseförderung von nicht einmal zehn Millionen Euro gegenüber. Diese verdeckte Finanzierung durch öffentliche Gelder müsse an Qualitätsstandards gebunden werden, „zumindest in Verbindung mit einer Mitgliedschaft im Presserat“, fordert Kraus.

Was unter dem Titel „Presseförderung“ überhaupt gefördert wird, wäre zu diskutieren, fordert Kraus. „Fördert man ein gescheitertes Geschäftsmodell oder einen gescheiterten öffentlichen Diskurs und dazu einen faktenbasierten Journalismus, der möglichst sorgfältig arbeitet? Diese Frage fehlt komplett; es geht nur um die ökonomische Unterstützung von Verlagen, denen es finanziell schlecht geht. Oder auch von Fern-

sehsendern, die dann ihre Gewinne in Deutschland machen.“

Die Frage der Qualität sei auch für die Wirtschaft essenziell. Wenn sie sich Ethik und Corporate Social Responsibility (CSR) auf die Fahnen heftet, müsse sie auch hinterfragen, in welchem journalistischen Umfeld sie Inserate schalte. Es gibt viele Unschärfen in der Debatte, was überhaupt Journalismus ist – im Unterschied zu anderen Erscheinungsformen, die an Bedeutung gewinnen. Zu beobachten ist etwa die Zunahme von Propagandamedien. Ein Beispiel dafür ist das mittlerweile eingestellte Magazin „Alles Roger“, in dem die Polizei unter FPÖ-Innenminister Herbert Kickl Anzeigen schaltete. Auf der anderen Seite nimmt Corporate Publishing zu, also Unternehmensmedien, Parteikommunikation oder Werbung. „Da hat die Branche selbst viel versäumt. Das gehört diskutiert, diese Unterschiede müssen dem Publikum klagemacht und dann auch eingehalten werden“, so Kraus.

Massive Aufstockung

Mit dem Aufkommen von Online-Medien hat sich der Werbemarkt verändert, wie der Vorsitzende der JournalistInnengewerkschaft, Eike Kullmann, beobachtet – und die Budgets sind insgesamt nicht größer geworden: „Mit der Abwanderung von Werbeeinnahmen in den Online-Bereich können Medien nie das verdienen, was sie im Print-Bereich verlieren.“ Er plädiert für eine Aufstockung der staatlichen Pressefördermittel auf das ungefähr Fünffache sowie eine jährliche Inflationsanpassung. In Österreich datiert das System der Presseförderung (für Print

und Rundfunk) aus den 1970er-Jahren, einer Zeit, lange bevor das Internet in die Redaktionen Einzug hielt. Seither hat wohl jede Bundesregierung an den Finanzierungsschrauben der Medien gedreht. Der häufigste Vorwurf lautet jedoch, dass „Hofberichterstattung“ gefördert werde. Eine „Post-Reform“ – sprich: die Verschärfung der Versandbedingungen – Anfang der 2000er-Jahre unter Schwarz-Blau I verschlimmerte die finanzielle Lage etlicher Printmedien zusätzlich.

Geringe Meinungsvielfalt

Die ökonomischen Schwierigkeiten auf Österreichs ohnehin kleinem Medienmarkt verschärfe die geringe Meinungsvielfalt, betont Gewerkschafter Kullmann. Eine deutliche Anhebung der Presseförderung würde freilich nicht alle Probleme lösen. Diese müsse zusätzlich an eine Mindestanzahl von Beschäftigten und arbeitsrechtliche Mindeststandards, also entsprechende Kollektivverträge (KV), geknüpft sein. Nur dadurch können auch Qualitätsstandards garantiert werden.

Bei der tarifvertraglichen Absicherung ist es in den vergangenen Jahren gelungen, neben dem ORF und dem Print-Bereich auch Online-JournalistInnen tarifvertraglich abzusichern. Regionalmedien sowie Privatradios und -fernsehen allerdings sind noch nicht KV-mäßig abgedeckt. „Hier gibt es eine extreme Schere“, meint Eike Kullmann.

Eine solche Schere stellt die Gewerkschaft auch immer wieder im Verhältnis der freiberuflichen gegenüber den angestellten JournalistInnen fest. Ein Hauptgrund ist, dass die gemeinsam mit dem Herausgeberverband (VÖZ) ausverhandelten Mindesttarifsätze von einzelnen Redaktionen schlicht und einfach missachtet und die Beiträge freier JournalistInnen billiger zugekauft werden. Prekärer und schwieriger geworden sind mittlerweile aber auch die Arbeitsbedingungen der fix angestellten RedakteurInnen. Weil, kurz gesagt, immer weniger Personal in den Redaktionen immer mehr Arbeitsdruck bewältigen soll. Dass diesbezüglich früher alles besser war, wäre jedoch ein verklärender Blick, so Kullmann.

Durch die Reduktion der Arbeitsplätze und die Digitalisierung ist Journalis-



Mit solchen Mikros zeichneten JournalistInnen einst Aussagen auf. Inzwischen ist nicht nur die Technik ausgefallen, auch die Arbeit ist herausfordernder geworden.

mus mittlerweile „ein Wahnsinnsjob“ geworden, findet Daniela Kraus vom Presseclub Concordia. „Die verbliebenen JournalistInnen stehen unter einem viel größeren Konkurrenzdruck durch das Internet – und weil das Publikum kritischer geworden ist.“ Andererseits sei so auch die Qualität des Journalismus in den Qualitätsmedien in den letzten 20, 30 Jahren gestiegen. Die technologischen Neuerungen führen mitunter zu „Hyperaktionismus“, beobachtet Kraus. „Eigentlich wäre zu entscheiden, auf welchen Zug eine Redaktion nicht aufspringt und ob sie nicht besser Podcasts oder Social Media wie Instagram und TikTok auslässt“, so Kraus. Auf der anderen Seite: „So viel Investigativjournalismus wie jetzt haben wir noch nie gehabt.“ Man traue sich eher, kritisch zu hinterfragen und Transparenz einzufordern. Und das, obwohl der Aufdeckjournalismus von Leaks abhängig ist und es in Österreich ein Amtsgeheimnis gibt, aber kein Informationsfreiheitsgesetz – welches die Generalsekretärin des Presseclub Concordia dringend einfordert.

Wie sich Österreichs Journalismus im vergangenen Jahrzehnt entwickelt hat, untersucht seit zwei Jahren ein Forschungsprojekt von Medienhaus Wien und Öster-

reichischer Akademie der Wissenschaften. „Wir sehen deutlich steigende individuelle Qualität von JournalistInnen mit immer mehr Bildung und crossmedialen Skills bei gleichzeitig sehr deutlich schrumpfenden Redaktionen und immer größerem Produktionsdruck“, bestätigt Andy Kaltenbrunner, Leiter des Forschungsteams. Im Jänner 2020 werden in einem großen österreichischen „Journalismus-Report“ die zuletzt 2007 erhobenen Daten zur Lage der Branche aktualisiert. Soziodemografische Daten von mehreren tausend JournalistInnen wurden gesammelt und ausgewertet. 500 JournalistInnen aus allen Medientypen und Bundesländern wurden zudem persönlich zu ihrem beruflichen Selbstverständnis, zu Werthaltungen und Arbeitsalltag interviewt. „Unter den Bedingungen von Digitalisierung und Globalisierung sind die Verwerfungen und Brüche in Österreichs Journalismus sehr groß“, so die AutorInnen.

Schreiben Sie Ihre Meinung an die Autorin
heike.hausensteiner@gmail.com
 oder an die Redaktion
aw@oegb.at



Glauben, was man gerne glaubt

In Zeiten von Fake News ist Skepsis gegenüber sozialen Medien oft berechtigt. Und doch bieten sie gerade für Betriebsräte große Chancen.

Alexandra Rotter

*Mediensprecherin von AK-Präsidentin
Renate Anderl*

Im November postete Willi Mernyi, leitender Sekretär des ÖGB, auf Facebook ein Video, in dem er die Situation von Mülkiye Laçin beschrieb. Die Freizeitpädagogin, die an einer Wiener Volksschule arbeitet, wird in der Türkei an der Ausreise gehindert. Mernyi erklärte, dass Laçin diese Arbeit seit 30 Jahren mache, und fuhr fort: „Aber gestern ist sie nicht zur Arbeit gekommen. Sie war auch vorgestern nicht bei der Arbeit. Auch am Tag davor nicht. Seit drei Monaten war sie nicht mehr an ihrem Arbeitsplatz. Aber nicht, weil sie krank oder verhindert oder im Urlaub ist. Sondern, weil sie in der Türkei festsitzt.“ Gegen Ende des eineinhalbinütigen Kommentars sagt Mernyi: „Es gibt diese tolle Petition, bitte unterschreibt sie. Holen wir Mülkiye nach Hause.“

Willi Mernyi ist ein leidenschaftlicher Nutzer sozialer Medien wie Facebook und YouTube. Regelmäßig postet er solche Videos, in denen er meist dazu aufruft, aktiv zu werden: „Ich verwende Facebook zur Mobilisation. Ich mache kaum Videos, in denen ich den Menschen die Welt erkläre, sondern sage: So ist die Situation, bitte macht was, bitte unterschreibt's.“ Die sozialen Medien seien der richtige Ort, um Geschichten zu erzählen, die Emotionen wecken: „Die sozialen Medien bieten sich an, unser Kerngeschäft zu transportieren: die Emotion, die Empathie, die Solidarität.“

Vorteil der Bubble

Beispiele wie jenes von Mülkiye verfehlen ihre Wirkung selten – anders als nackte Zahlen. Im Jahr 2018 konnte Mernyi mit der Geschichte über den Pflasterer Gün-

ther, der täglich mehrere Tonnen Pflastersteine hebt, extrem viel Aufmerksamkeit in den sozialen Medien gewinnen. Er trug die Geschichte beim ÖGB-Bundeskongress vor – ein Ort, wo sie noch vor 20 Jahren geblieben wäre oder es vielleicht gerade noch in die Zeitung des nächsten Tages geschafft hätte. Jetzt gelangt sie über Facebook, YouTube & Co. an Zigtausende Menschen. Und sie ist nach wie vor abrufbar, während die Tageszeitung rasch im Altpapier landet.

Doch was ist diese Aufmerksamkeit wert? Schließlich werden durch Algorithmen ohnehin hauptsächlich Menschen erreicht, die empfänglich für gerade diese Botschaften sind – im konkreten Fall die Argumentation gegen den 12-Stunden-Tag. Mernyi: „Ich bin mir bewusst, dass meine 7.000 Facebook-Follower eine Bubble sind.“ Aber das habe auch einen Vorteil: „Es ist besser, man mobilisiert in seiner Bubble, als

den Freiheitlichen zu erklären, warum es wichtig ist, einer Frau zu helfen, die Mülkiye heißt.“

Über Erfolge berichten

Mernyi sieht etwa die amerikanische Gewerkschaft als Vorbild, die zu Festen wie Weihnachten oder Halloween postet, welche Produkte aus gewerkschaftlicher Sicht guten Gewissens gekauft werden können. So etwas begeistert Mernyi, weil hier konkrete Handlungsanweisungen gegeben werden: „Wir sind Weltmeister darin, den Leuten zu erklären, was sie nicht tun sollen, und raunzen, dass man nicht bei Amazon einkaufen soll. Aber wenn du den Menschen erzählst, was sie guten Gewissens kaufen können, ist das ein positiver Zugang.“ Mernyi sieht noch viel ungenutztes Potenzial. Besonders gut kann er sich vorstellen, dass BetriebsrätInnen diese Kanäle nutzen, um für ihre Anliegen mobilzumachen und über Erfolge zu berichten.

Doch gerade in dieser Zielgruppe sind nicht alle sozialen Medien gegenüber offen. Das weiß Norbert Ramp, Teamleiter Online und Kommunikation in der Arbeiterkammer Oberösterreich. Er leitet immer wieder Seminare zum Thema im ÖGB und sieht soziale Medien als große Chance für BetriebsrätInnen – aus praktischer Sicht wie aus Gründen der Eigenwerbung: „BetriebsrätInnen leisten großartige Arbeit, aber vergessen oft darauf, diese zu verkaufen. Dankbarkeit ist keine politische Kategorie. Man darf darüber reden, wenn man Gutes tut.“ Abgesehen davon, bieten sich Messenger-Dienste zur schnellen und unkomplizierten Koordinierung an. Ramp weiß etwa von Transportunternehmen, in denen die MitarbeiterInnen verstreut arbeiten, dass WhatsApp, Signal & Co. die Abstimmung im Alltag extrem erleichtern. Gleiches gelte für Schichtbetriebe: „Man überwindet Raum und Zeit.“

Graue Haare bei Deep Fake

Soziale Medien haben nicht nur einen guten Ruf. In den vergangenen Jahren wurde publik, wie persönliche Daten dieser Plattformen und Netzwerke verwendet, verkauft, gehackt und ausspioniert

wurden. Es herrscht auch eine Grundskepsis darüber, ob man die dort verbreiteten Informationen überhaupt glauben kann – Stichwort Fake News. Norbert Ramp: „Jene Betriebsrätinnen und Betriebsräte, die eh schon eine Skepsis mitbringen, sind dadurch noch mehr abgeschreckt.“ Manche lehnen daher soziale Medien per se ab. Dabei seien Falschnachrichten keine Erfindung sozialer Medien. Sie finden sich auch in klassischen Medien, Boulevard- und Gratiszeitungen und werden über Presseaussendungen verbreitet. In seinem Seminar vermittelt er, wie sich Nachrichten und Bilder verifizieren lassen und dass eine Portion Hausverstand beim Hinterfragen von Informationen nützlich ist. Allerdings werden die Methoden, mit denen falsche Informationen verbreitet werden, immer undurchschaubarer. Mittels Deep Fake werden etwa durch künstliche Intelligenz Bilder und Videos hergestellt, die nur noch von Profis als Fälschungen erkannt werden. Ramp: „Bei Deep Fake bekomme auch ich graue Haare.“ Ramp ist gespannt, welche weiteren Entwicklungen die Zukunft bringen wird.

Doch viele sind einfach unsicher, ob und wie sie Kommunikationsplattformen wie Twitter, Facebook, YouTube und WhatsApp für sich nutzen können. Sie wissen nicht, was sie veröffentlichen dürfen und was nicht. Im Seminar erfahren sie etwa, dass sie sich an das Medienrecht halten müssen. Ramp: „Vorwürfe, die man nicht belegen kann, und Aussagen, die kreditschädigend sein können, sollte man nicht posten.“ Das Medienrecht regelt auch, welche Bilder man verwenden darf. BetriebsrätInnen, die im Aufsichtsrat sitzen, müssen sich ebenfalls an Regeln halten und dürfen etwa nicht aus Sitzungen posten. Generell ist Ramps Eindruck, dass BetriebsrätInnen sehr vorsichtig sind und sich in der Regel „dreimal absichern“, bevor sie etwas posten. Der Ausspruch „Ein Schriftl, ein Giftl“ habe schließlich Berechtigung – egal, ob das „Schriftl“ gedruckt wird oder auf einem Bildschirm erscheint.

Kontrollverlust durch Zeitknappheit

Christoph Höllriegl, stellvertretender Leiter der ÖGB Kommunikation, weist

unter anderem in Seminaren für den VÖGB (Verband Österreichischer Gewerkschaftlicher Bildung), in denen es um das postfaktische Zeitalter geht, darauf hin, dass Nachrichten schon immer manipuliert wurden. Früher seien es reiche Kaufleute und andere Mächtige gewesen, und mit dem Buchdruck nahm die Verbreitung manipulierter News zu. Durch die „Neuen“ Medien, die ja gar nicht mehr so neu sind, passiere es heute, dass Nachrichten oft keiner eindeutigen Quelle zuzuordnen sind: „Wenn etwas plakatiert wird, sieht man schnell, wer dahintersteckt. Bei Dark Posts in sozialen Medien kann man das oft nicht mehr einfach kontrollieren.“

Ein großes Problem sieht Höllriegl in der schnellen Mediennutzung, wenn wir etwa in der U-Bahn binnen Sekunden durch etliche Nachrichtenhappen zappen, ohne über ihren Wahrheitsgehalt nachzudenken: „Es gibt eine Breite, Fülle und Masse an Informationen, und in begrenzter Zeit kann man nicht so gut bewerten, ob sie stimmen.“ Außerdem glaube man gern, was man gerne glaube: „Wenn mich das richtige Posting auf der Gefühlsebene trifft, denke ich vielleicht nicht mehr darüber nach, ob es ein Fake sein könnte oder wer es verfasst hat.“ Komplexe Themen wie etwa die Selbstverwaltung in der Sozialversicherung via soziale Medien zu erklären, sei hingegen eine besondere Herausforderung.

Die eine Lösung für diese komplexen Entwicklungen gibt es wohl nicht. Aber es gibt etwas, das einen wichtigen Beitrag leistet. Höllriegl: „Ich glaube, dass wir an einer grundsoliden Bildung bis ins hohe Alter nicht vorbeikommen werden.“ Dann lässt man sich vielleicht nicht mehr sofort von einem wütend oder traurig machenden Posting emotional mitreißen, sondern hinterfragt erst mal den Hintergrund einer jeden Information.

Weiterbildungsangebote:

www.voegb.at/seminare

Schreiben Sie Ihre Meinung an die Autorin

alexandra.rotter@chello.at

oder an die Redaktion

aw@oegb.at



Gemeinsam

Text: Sandra Knopp
Udo Seelhofer
Fotos: Markus Zahradnik

für die anderen

Sie engagieren sich bei der Feuerwehr, arbeiten als SanitäterInnen oder sind in der Nachbarschaftshilfe aktiv: die Ehrenamtlichen. Warum ist ehrenamtliche Arbeit für unsere Gesellschaft wichtig, und was bringt sie den HelferInnen selbst?

Eine Einladung zur „Ersten Geburtstagsfeier im zweiten Leben“ bekommt man nicht alle Tage. Fabian Wallner hielt sie nach einem einprägsamen Einsatz in Händen. Der 21-Jährige arbeitet als ehrenamtlicher Rettungssanitäter beim Arbeiter-Samariterbund im niederösterreichischen Ternitz-Pottschach. Ein Cabrio war gegen einen Traktor gekracht. Der Fahrer war schwer verletzt. „Ich habe ihn herausgenommen. Es war furchtbar.“ Dass der Verunglückte am Leben blieb, lag an der reibungslos funktionierenden Rettungskette. „Von Menschen, die vor Ort Erste Hilfe leisteten, über den Notarzt, die Feuerwehren und uns Sanitäter haben alle gut zusammengearbeitet.“

Eine von Wallners Aufgaben war es, die Trage vorzubereiten. Momente wie diese beflügeln: „Es ist toll, helfen zu können.“ Der Grafenbacher führt stolz durch die Dienststelle, die kürzlich renoviert und um einen Zubau erweitert wurde: Im Eingangsbereich hängen Fotos von Einsatzübungen. Die Zeit zwischen den Rettungsfahrten verbringen die SanitäterInnen im Aufenthaltsraum, mit moderner Küche, Couch und Fernseher. Auch die Garage für die Rettungswägen ist neu. Den Großteil der Kosten von einer Million Euro trug die Stadt Ternitz.

Wallner hatte im Jahr 2017 als Zivildienstler beim Samariterbund begonnen und blieb dann ehrenamtlich dabei. Die Freiwilligenarbeit managt er neben dem Geschichte- und Theologiestudium und einem Nebenjob. Wenn es wirklich gut läuft, arbeitet er dort 30 bis 40 Stunden im Monat. Freiwillige wie Fabian Wallner sorgen mit ihrer Arbeit gerade im ländlichen Raum für eine funktionierende Infrastruktur. Bei extremen Wet-

terverhältnissen, wie zuletzt in Kärnten und Osttirol, sind es viele ehrenamtliche KatastrophenhelferInnen, die Familien evakuieren, umgestürzte Bäume beseitigen und gesperrte Straßen wieder freiräumen. Eine wichtige Änderung für die HelferInnen: Seit 1. September gibt es einen gesetzlichen Anspruch auf Fortzahlung des Entgelts durch den Arbeitgeber.

Immenser Wert

Österreich ist ein Land des Zusammenhalts: Laut einer Umfrage im Dezember 2016 für das Bundesministerium für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz leisten rund 3,5 Millionen Menschen in Österreich Freiwilligendienste in über 125.000 Vereinen und gemeinnützigen Einrichtungen. Das entspricht etwa 46 Prozent der Bevölkerung. Der Anteil von

Männern und Frauen ist inzwischen annähernd gleich groß. Ehrenamtliche Arbeit deckt viele Bereiche ab – vom Rettungs- und Katastrophendienst über den Sportsektor bis hin zu Sozialem und Kultur. Meist stehen Organisationen und Vereine dahinter. Informelle Freiwilligenarbeit passiert auf privater Basis, etwa wenn jemand Nachbarn oder Bekannte bei der Hausarbeit oder handwerklichen Tätigkeiten unterstützt. Auch für die Demokratie spielt ehrenamtliche Arbeit eine wichtige Rolle. Denn in den Vereinen kommen Menschen zusammen, auf Festen können sie sich austauschen und Probleme der Gemeinschaft diskutieren. Auf diesem Weg kann so etwas wie gesellschaftlicher Zusammenhalt entstehen. Aber auch die Integration von Menschen, die aus dem In- oder Ausland zugezogen sind, kann so gelingen.



Fabian Wallner ist seit seinem Zivildienst 2017 als ehrenamtlicher Rettungssanitäter beim Samariterbund: „Es ist toll, helfen zu können.“



Eva More-Hollerweger ist Bereichsleiterin „Non-Profit-Organisationen und Zivilgesellschaft“ an der WU Wien, für sie hat Freiwilligenarbeit einen wichtigen „sozialen und gesellschaftlichen Wert, für jene, denen geholfen wird, und für die Helfenden selbst“. Häufig genannte Motive: „Die Freude an der Tätigkeit und

der Wunsch, anderen zu helfen, aber auch Wissen weiterzugeben und zu erwerben.“ Viele wollen auch einen Blick über den Tellerrand werfen. „Einige suchen auch etwas Sinnstiftendes, das sie im Berufsalltag manchmal vermissen“, erklärt die Wissenschaftlerin. Für das ehrenamtliche Engagement wenden die Menschen im

Wien-Aspern. Dort werden Motoren und Getriebe hergestellt, er ist für die Produktion der Getriebewellen zuständig.

Wenn KollegInnen Fragen haben, können sie die an seinem Arbeitsplatz stellen. Kurzweil und einige andere BetriebsrätInnen arbeiten in der Halle verteilt. Für ausführlichere Gespräche



„Wir erklären Optionen wie den Sozialplan. So nehmen wir Ängste.“

Martin Kurzweil, Betriebsrat bei Opel Aspern

Schnitt rund fünf Stunden pro Woche auf, für die Nachbarschaftshilfe vier. Politik, Sport und Katastrophenhilfe sind klassische Männerdomänen, im kirchlichen, sozialen und Gesundheitsbereich engagieren sich mehr Frauen. Sechs von zehn Freiwilligen sind berufstätig.

Im Namen der KollegInnen

Sich für andere einzusetzen ist auch Martin Kurzweil sehr wichtig. Er vertritt als Betriebsrat bei Opel-Aspern die Interessen seiner KollegInnen – und das oft außerhalb der Arbeitszeit, denn Kurzweil ist nicht freigestellt. Lange hat er nicht überlegen müssen, als er 2015 gefragt wurde. „Ich war schon vorher Teamsprecher und habe zwischen Meisterebene und Mitarbeitern kommuniziert.“ Kurzweil ist gelernter Kfz-Mechaniker und arbeitet seit 24 Jahren im Opel-Werk in

bleibt er nach Dienstschluss länger. Zu besprechen gibt es bei Opel viel. Die geplante Fusion der französischen Autogruppe PSA mit dem italo-amerikanischen Konzern Fiat Chrysler könnte auch Auswirkungen auf Opel – Eigentümer ist Peugeot Citroën – haben. Erst Anfang 2019 wurde die Streichung von 400 der 1.200 Stellen beschlossen.

Kurzweil beantwortet etwa Fragen zu Freistellungen und Ansprüchen im Falle einer Kündigung. „Wir erklären Optionen wie den Sozialplan. So nehmen wir Ängste.“ Schwierig sei, dass er viele Betroffene gut kenne und sich frage, was das für den Einzelnen bedeute. Er will erreichen, „dass so viele wie möglich ihren Arbeitsplatz behalten“. Vor bald 100 Jahren trat das Gesetz zur Errichtung von Betriebsräten in Kraft. Darauf angesprochen, betont Kurzweil, wie wichtig es ist, dass Rechte und Pflichten



von BetriebsrätInnen gesetzlich geregelt sind. „Es ist für mich als Arbeiter wichtig, dass ich frei reden kann, um meine KollegInnen zu vertreten.“ Die Bedeutung der betrieblichen ArbeitnehmerInnenvertretung zeigt eine aktuelle OECD-Studie: Österreich wird mit einer KV-Abdeckung von mehr als 90 Prozent lobend erwähnt. Nicht nur Beschäftigte profitieren durch bessere Arbeitsbedingungen, sondern auch Unternehmen durch höhere Produktivität sowie die Volkswirtschaft durch sozialen Frieden.

Gesellschaftlicher Kitt

Fairness im Betrieb und Hilfe im Krisenfall: Der Einsatz für andere, wie ihn Betriebsrat Martin Kurzweil oder Sanitäter Fabian Wallner betreiben, ist wichtig für das gesellschaftliche Zusammenleben. Auch viele kommunalpolitische Tätigkeiten werden teilweise ehrenamtlich ausgeübt. Außerdem kann freiwilliges Engagement zur Unterstützung von Menschen beitragen, die marginalisiert sind. Zum einen kommen Leistungen gesellschaftlich Benachteiligten zugute, etwa älteren oder geflüchteten Menschen. Gleichzeitig können diese mit ihrer Expertise anderen helfen. „Es trägt zur Resilienz einer Gesellschaft bei, wenn es die Bereitschaft gibt, sich wechselseitig zu unterstützen“, sagt More-Hollerweger.

Auch der Nutzen, der sich für die HelferInnen ergibt, ist laut der Wissenschaftlerin ein gesellschaftlicher Mehrwert: Wenn sich Menschen mit ihren Interessen einbringen, sich freiwillig en-

gagieren, sind sie in Gemeinschaften eingebunden. Sie fühlen sich gebraucht, erhalten sozialen Rückhalt. Viele können so den Alltag besser bewältigen. Ohne dieses Engagement wäre unsere Gesellschaft viel ärmer, etwa im sozialen, aber auch im kulturellen Bereich, so More-Hollerweger. So ist es fraglich, ob es die Jungschar geben könnte, wenn die Kirche alle BetreuerInnen anstellen müsste, und viele soziale Leistungen wären für Betroffene unerschwinglich. BetriebsrätInnen wiederum sorgen dafür, dass die demokratische Mitbestimmung im Betrieb mit Leben erfüllt wird.

145 Jahre Engagement

Zurück nach Ternitz. Die Stadt mit etwa 14.600 EinwohnerInnen wird auch die „Stadt der Feuerwehren“ genannt. Zehn freiwillige und eine Betriebsfeuerwehr mit insgesamt 550 Mitgliedern löschen Brände, helfen bei Autounfällen, Hochwasser und Sturmschäden. Sie richten aber auch Frühschoppen, Bälle und andere Feste aus und stärken so die Gemeinschaft. Ternitz hat die meisten freiwilligen Feuerwehren in ganz Niederösterreich. Warum? Das Stadtgebiet ist mit rund 65 km² flächenmäßig größer als Wiener Neustadt.

Die Freiwillige Feuerwehr Ternitz-Pottschach liegt neben dem Arbeiter-Samariterbund wo Sanitäter Wallner tätig ist. Wer den Aufenthaltsraum im oberen Stockwerk betritt, merkt sofort, dass die Feuerwehr zu den ältesten im Stadtgebiet gehört: Helme aus der k. u. k. Monarchie schmücken die Wände, dazu kommen Mannschaftsfotos verschiedener Jahrgänge und alte Ausrüstungsgegenstände. Sie zeugen von der 145-jährigen Geschichte. Die Garage im Erdgeschoss beherbergt vier Einsatzfahrzeuge, Umkleide- und Waschräume sind daneben. Peter Reumüller ist Einsatzleiter und stellvertretender Kommandant. Er ist seit seinem 15. Lebensjahr dabei: „Wir haben im Jahr 120 bis 150 Einsätze.“ Im Ernstfall werden die Helfer über SMS, Piepser oder Sirenen verständigt. Wer von der Arbeit oder von zu Hause wegkommt, fährt ins Feuerwehrhaus, zieht sich um und fährt raus. Das muss schnell gehen: Vom Alarm bis zum Ausfahren dauert es meist nur 10 bis 15 Mi-



Vizekommandant Peter Reumüller ist bereits seit seinem 15. Lebensjahr bei der freiwilligen Feuerwehr. Auch sein Sohn engagiert sich als Feuerwehrmann.



nuten. Je nach Art des Notfalls sind auch mehrere Feuerwehren vor Ort. „Bei einem Verkehrsunfall mit Personen wird automatisch eine zweite Feuerwehr alarmiert, bei einem Wohnungsbrand sind es drei“, erzählt Reumüller.

Der Vizekommandant hat einen Schlossereibetrieb, ist also etwas flexibler als andere. Eng zugehen kann es am Vormittag, wenn viele Freiwillige gerade arbeiten. Neben den freiwilligen Feuerwehren gibt es in Österreich nur in sechs Landeshauptstädten eine Berufsfeuerwehr, St. Pölten, Eisenstadt und Bregenz setzen auf freiwillige Kräfte. Finanziert werden die Feuerwehren überwiegend von den Gemeinden. Österreichweit en-

„Wenn von vier Kindern eines bleibt, haben wir schon Glück gehabt.“

Peter Reumüller
FF Ternitz-Pottschach

gagieren sich etwa 360.000 Menschen im Katastrophenhilfs- und Rettungsdienst. „Im Fall einer Katastrophe gibt es mehr ausgebildete Helfer, als wenn nur auf bezahlte Dienstleistungen zurückgegriffen würde“, erklärt Experte More-Hollerweger. Sie können im Notfall rasch Erste Hilfe leisten, was anderen ein Sicherheitsgefühl gibt.

Nachwuchsarbeit notwendig

Doch Neuzugänge zu finden, die die Ausbildung absolvieren und dranbleiben, wird immer schwieriger, erzählt Reumüller. „Viele interessiert es nicht, sie spielen lieber Fußball oder sind in einem anderen Verein.“ Zurzeit hat die Feuerwehr Ternitz-Pottschach 54 Mitglieder, inklusive der Jugend. Eine Jugendfeuerwehr für Kinder ab zehn Jahren, Schulbesuche und Vorführungen für ein junges Publikum sollen dem Mitgliederschwind entgegenwirken.

Doch das hilft nur bedingt: „Wenn von vier Kindern eines bleibt, haben wir schon Glück gehabt.“ Ein Bezug zur Feu-

Interessierte, die sich für die freiwillige Feuerwehr engagieren wollen, sollen einfach „kommen und Fragen stellen“, so Reumüller.

erwehr durch Freunde oder Familie ist wichtig, auch sein Sohn ist freiwilliger Feuerwehrmann. Warum sollen sich Junge engagieren? „Damit wir mehr Mannschaft haben“, sagt Reumüller und lacht. Interessierte sollen kommen, Fragen stellen und sich selbst ein Bild machen.



Freiwilligenarbeit im Wandel

Fast 50 Prozent der ÖsterreicherInnen leisten Freiwilligenarbeit. Diese Zahl ist relativ stabil, die Form des Engagements verändert sich aber. Noch vor 20, 30 Jahren haben sich Menschen stärker langfristig gebunden, waren über Generationen in Organisationen und Vereinen aktiv. Das verliert an Bedeutung. „Es hat mit unserem Lebensstil zu tun: Wir arbeiten nicht mehr lebenslang beim selben Arbeitgeber, ähnlich ist es im Freiwilligen-Engagement“, so Forscherin More-Hollerweger. Dazu kommt der Faktor Mobilität, wodurch manche den Bezug zur Heimatgemeinde verlieren.

Die Zahl der geleisteten Stunden geht zurück, was mit Konkurrenz durch Freizeitaktivitäten zu tun hat, aber auch steigender Druck in der Arbeitswelt

wirkt sich aus. Einige Unternehmen versuchen dem entgegenzuwirken, indem sie Zeit spenden und MitarbeiterInnen mehr Möglichkeiten geben, sich ehrenamtlich zu engagieren. Bemerkenswert ist für More-Hollerweger, dass die Beteiligung älterer Menschen in den letzten Jahren gestiegen ist. Das hängt damit zusammen, dass sich Familienstrukturen verändern und viele sinnvolle Tätigkeiten und Austausch mit anderen suchen.

Suche nach der nächsten Generation

Um Interessierte zu gewinnen, müssten Organisationen in Freiwilligenmanagement und Koordination investieren. „Menschen wollen gefragt werden“, sagt die Expertin. Es gilt zu zeigen, was die Tätigkeit bewirkt. Wer Freiwillige länger-

fristig halten will, muss auf ihre Bedürfnisse eingehen. Auch im Digitalen liegen Chancen. So gibt es „Nachbarschaftsplattformen“, wo Menschen einander kennenlernen oder Unterstützung bei Problemen finden können. Auch der Samariterbund Ternitz-Pottschach sucht Nachwuchs. Zwar sei es ein Vorteil, dass viele ehemalige Zivildienstler wie Fabian Wallner sich ehrenamtlich engagieren, allerdings sei es nicht immer einfach, genügend HelferInnen zu finden.

Wallner wünscht sich mehr Anerkennung für das Ehrenamt: „Viele nehmen es als selbstverständlich.“ Er unterstützt auch die Nachwuchsarbeit des Samariterbunds, der zwar keine eigene Jugendorganisation hat, aber durch Ferienspiele und andere Veranstaltungen Kinder und Jugendliche für den Rettungsdienst begeistern will. „Wir zeigen ihnen, wie ein Reanimationsdurchlauf funktioniert und auch das Rettungsauto und die Vakuummattze. Die Kinder sind total begeistert, man sieht ihre Augen leuchten“, erzählt Wallner. Als Erwachsene erinnern sie sich vielleicht an diesen Tag und entscheiden sich eventuell für ein Ehrenamt.



Schreiben Sie Ihre Meinung
an die Redaktion
aw@oegb.at

Klassenkampf in der Justiz?

Die österreichische Justiz steht vor zahlreichen Problemen. Sie könne schon lange nicht mehr im Interesse der BürgerInnen arbeiten, wird bemängelt. Doch gibt es die „neutrale“ Justiz überhaupt?

Christian Bunke
Freier Journalist

Man kommt schneller mit der Justiz in Kontakt, als man glaubt. Es ist deshalb wichtig, dass die Staatsgewalt gut funktioniert. Das sagt Maria Berger, die von 2007 bis 2009 österreichische Justizministerin und von 2009 bis 2019 Richterin am Europäischen Gerichtshof war. Die Juristin ist fest davon überzeugt, dass sich die österreichische Justiz in einer tiefen Krise befindet. Deshalb stellte sie im Frühsommer 2019 eine Petition online, um auf Missstände aufmerksam zu machen.

Die von Berger aufgestellte Problemliste ist lang und umfassend: „Viele Bezirksgerichte laufen nur mehr auf Notbetrieb. Es wird nur das Allernötigste erledigt. Es gibt immer mehr Arbeit, die Krankenstände steigen, und die Leute suchen das Weite. Schon zu meiner Zeit als Justizministerin wurde nur jede zweite Stelle nachbesetzt.“

Berger steht mit ihrer Sorge über den Zustand der Rechtspflege in Österreich nicht allein da. So gibt es auch einen Forderungskatalog der Vereinigung der Österreichischen Richterinnen und Richter und der Bundesvertretung Richter und Staatsanwälte. Den Bundesregierungen der vergangenen Jahre wird darin „verfehlte Sparpolitik“ vorgeworfen, welche „die Justiz in der Wahrnehmung ihrer Aufgaben geschwächt und die unabhängige Rechtsprechung behindert“ habe. Und weiter: „Im Kanzleibereich und bei Schreibdiensten wurden in den vergangenen Jahren rund 400 Planstellen abgebaut.

In den nächsten Jahren stehen darüber hinaus zahlreiche Pensionsabgänge an. Bereits jetzt kann an vielen Gerichten nur mehr ein ‚Notbetrieb‘ aufrechterhalten werden, der zu Verzögerungen führt. Es kommt aufgrund von Überlastung zu vermehrten Krankenständen. Gut ausgebildete Kanzleikräfte wechseln immer öfter in die Privatwirtschaft oder in andere Bereiche des öffentlichen Dienstes.“

Demokratische Defizite

Zu den Auswirkungen dieser Einsparungen kommen laut Ex-Justizministerin Berger noch zahlreiche demokratische Defizite hinzu. So gebe es im KonsumentInnenrecht immer noch keine Möglichkeit von Gruppenklagen, für EinzelklägerInnen sei das Prozesskostenrisiko sehr hoch. Der Kostenersatz bei Gerichtsverfahren sei sehr niedrig angesetzt. „Ein Beispiel ist der Tierschützerprozess gegen die AktivistInnen des Vereins gegen Tierfabriken. Diese Leute sind trotz Freispruch in der Insolvenz gelandet“, so Berger. Problematisch sei außerdem die mangelnde Unabhängigkeit der Bundesanwaltschaft, die immer noch weisungsgebunden sei. Hier gebe es dringenden Reformbedarf. Die Rolle kollektiver Strukturen sei angesichts dieser Situation nicht zu unterschätzen: „Es kann sich nicht jeder eine Rechtsschutzversicherung leisten. Deshalb ist es wichtig, dass es Organisationen wie die AK gibt, die hier den Menschen zur Seite stehen.“

Große Probleme gibt es laut dem Forderungspapier der österreichischen Richterinnen und Richter beim Bun-

desverwaltungsgericht. Hier seien „immer noch rund 40.000 Beschwerdeverfahren, großteils aus dem Asyl- und Fremdenrecht, unerledigt“. Es seien nach letzten Berechnungen „50 zusätzliche RichterInnenplanstellen erforderlich, um diese Rückstände innerhalb von fünf Jahren abzubauen“.

Zufallsprinzip

Einer, der viele Erfahrungen mit dem Bundesverwaltungsgericht gesammelt hat, ist Michael Genner, Obmann des Vereins „Asyl in Not“. Er setzt sich auch vor Gericht für Geflüchtete ein, um ihnen ein Bleiberecht in Österreich zu ermöglichen. Eine gründliche Vorbereitung sei dabei wichtig: „Wir haben im September vier Prozesse gehabt. Drei haben wir gewonnen, einen verloren.“ Die Verfahren seien für die Betroffenen oft ein Lotteriespiel. „Es hängt wirklich viel davon ab, an welchen Richter man gerät. Der eine gibt subsidiären Schutz, der andere nicht.“

Genner verweist hier auch auf den Fall des Grazer Anwalts Ronald Frühwirth. Dieser hat zahlreiche Asylsuchende vor Gericht vertreten. Im August 2019 gab er seinen Beruf aufgrund „willkürlicher“ Entscheidungen des Bundesverwaltungsgerichts auf. Frühwirth habe seinen „Glauben an den Rechtsstaat“ verloren, ließ er damals den österreichischen Medien ausrichten. Michael Genner bedauert diesen Schritt: „Wir werden nicht aufgeben. Wir fordern weiter die Einhaltung der Genfer Flüchtlingskonvention und der EU-Menschenrechtskonvention.“

Der Verein „Asyl in Not“ muss sich bei seinen Rechtsberatungsaktivitäten mit einem Problem auseinandersetzen, mit dem auch die Arbeiterkammer konfrontiert ist. Oft gibt es gerade vor Gericht eine massive Waffenungleichheit, welche gesellschaftliche Ungleichheiten widerspiegelt. Man könnte auch altmodisch „Klassenfrage“ dazu sagen.

Soziale Schieflagen vor Gericht

Dass es vor Gericht eine Klassenungleichheit gibt, diese Meinung vertritt Hans Trenner, der Bereichsleiter für Beratung der Arbeiterkammer. Er teilt durchaus Aspekte der von Maria Berger und der RichterInnenvereinigung herausgearbeiteten Problemstellungen. „Es stimmt, das Kanzleipersonal ist massiv ausgedünnt. Es funktioniert nicht so, wie man es bräuchte.“ Gleichzeitig will Trenner aber nicht „in die Melodie einstimmen, dass es noch mehr RichterInnen braucht“. Auch sei das Wiener Arbeits- und Sozialgericht „recht gut organisiert“.

Das Problem liege gerade bei Arbeits- und Sozialgerichtsverfahren an anderer Stelle. „Man braucht nicht nur Kenntnis der rechtlichen Fragen. Es spielen auch sehr viele soziale Aspekte mit“, so Trenner. „Es ist bei diesen Verfahren anders als etwa beim Handelsgericht. Dort treffen zwei Kaufleute aufeinander, die sich auf Augenhöhe begegnen, um ihre Interessen durchzusetzen. Beim Arbeitsgericht steht beispielsweise ein qualifizierter Facharbeiter – kein ausgebildeter Verhandler – einem einschüchternd wirkenden und erhöht sitzenden Richter gegenüber. Ein Elektroinstallateur ist nicht dafür ausgebildet, mit solchen Autoritäten zu verhandeln, einem Geschäftsmann ist das eher egal. Mit diesem Ungleichgewicht kämpfen wird. Deshalb gibt es auch Laienrichter, um das etwas abzuschwächen.“

Verschärfend komme hinzu, „dass Richter sich oft nicht in die Situation arbeitender Menschen hineinversetzen können“. Das sei nicht immer so gewesen. „Die 68er-Generation von Richtern hat noch gewusst, dass ArbeitnehmerInnen anders ticken als ArbeitgeberInnen. Doch die heutige, junge Generation von RichterInnen besteht vorwiegend aus TechnokratInnen. Es gibt



da kein Verständnis dafür, dass hier zwei verschiedene soziale Schichten aufeinandertreffen.“

Entschärfungen für Unternehmen

Dieser „Konflikt der Klassen“, wie Trenner es nennt, hat noch eine weitere, übergeordnete Dimension. Die von Trenner bedauerte soziale Schieflage vor Gericht hat ihre Widerspiegelung, wenn es um Gesetzestexte geht. Sobald ein Gesetz der Wirtschaft unangenehm werde, werde es in deren Interesse bereinigt, ist Trenner überzeugt. „So hat der Europäische Gerichtshof massiv beim österreichischen **Lohn- und Sozialdumpinggesetz** eingegriffen und somit das Schutzniveau für ArbeitnehmerInnen gesenkt.“

Trenner spielt unter anderem auf ein Urteil des Europäischen Gerichtshofes aus dem Herbst 2019 an. Der Gerichtshof hatte sich mit Millionenstrafen beschäftigt, die gegen Manager des Andritz-Konzerns verhängt worden waren. Andritz hatte über einen Subauftragnehmer ausländische Arbeitskräfte in Österreich arbeiten lassen, ohne diese nach österreichischem Kollektivvertrag

zu bezahlen. Genau solchen Praktiken will das Lohndumpinggesetz einen Riegel vorschieben. Aus Sicht der Arbeitgeber ist besonders brisant, dass bei Strafen das Kumulationsprinzip gilt. Das bedeutet, dass für jeden unterbezahlten Beschäftigten nur eine Strafe zu zahlen ist.

Nun hat der Europäische Gerichtshof das Kumulationsprinzip infrage gestellt. Die Strafbestimmungen des Lohndumpinggesetzes seien unverhältnismäßig und würden außerdem eine „nicht gerechtfertigte“ Beschränkung der Dienstleistungsfreiheit darstellen. „Immer wenn wir auf eine Goldader zugunsten Lohnabhängiger stoßen, wird diese abgeblockt“, sagt Hans Trenner zu dem Thema. „Dazu haben wir bislang keine Lösungen.“ Herrscht also Klassenkampf vor Gericht? Die Antwort lautet wohl „Ja“.

Plattform für Demokratie und Rechtsstaat
pfd.at

Schreiben Sie Ihre Meinung an den Autor
christian@bunke.info
oder an die Redaktion
aw@oegb.at



„Nur die dümmsten Kälber ...!?“

(Bert Brecht)

Gewerkschaften und AK hatten Türkis-Blau ein vernichtendes Urteil ausgestellt. Trotzdem wählte eine deutliche Mehrheit der ArbeitnehmerInnen ÖVP oder FPÖ.

John Evers

Erwachsenenbildner und Historiker

Bei der letzten Nationalratswahl wurde die FPÖ erneut bei den ArbeiterInnen zur stärksten Partei. Die ÖVP hatte demgegenüber nicht nur – wie gewohnt – bei den Selbstständigen die Nase vorn. Deutlich siegte sie dieses Mal auch bei den Angestellten, ebenso bei den Frauen oder den PensionistInnen. Aus Sicht der Interessenvertretungen erscheint das angesichts der Bilanz der türkis-blauen Regierung zumindest erstaunlich.

David Mum von der GPA-djp im A&W-Blog zum Gehalt des „neuen Regierens“: „Die Regierung Kurz/Strache hat ein Programm verfolgt, das auf einen neoliberalen Umbau der Gesellschaft abzielte. So haben Wirtschaftskammer, Industriellenvereinigung und Immobilienwirtschaft nicht nur ihre

Forderungen im Regierungsprogramm verankern, sondern auch ihren Einflussbereich ausweiten können. Demgegenüber wurden etwa im Bereich der Arbeitszeiten Rechte der ArbeitnehmerInnen abgebaut, und die Regierung zielte auf eine Schwächung von Arbeiterkammern und BetriebsrätInnen. Sozialer Schutz und Unterstützung wurde denen entzogen, die diese am dringendsten benötigen: Armutsgefährdete, AsylwerberInnen und -berechtigte, ältere Arbeitssuchende und Jugendliche ohne betriebliche Lehrstelle.“

Politik gegen die Mehrheit

Exemplarisch zählte David Mum in diesem Kontext den 12-Stunden-Tag und die 60-Stunden-Woche, die Senkung der Unternehmenssteuern (KÖSt), die Verkürzung der Altersteilzeit, Kürzungen bei der Arbeitsmarktpolitik, Änderungen im

Mietrecht zugunsten der ImmobilieninvestorInnen, die Beendigung der „Aktion 20.000“, Kürzungen bei besonders benachteiligten Gruppen der Gesellschaft (Stichwort Mindestsicherung/Sozialhilfe neu) sowie die Umfärbung und Kürzungen bei der Sozialversicherung auf. Aber auch die Kommentare vieler internationaler Medien sind eindeutig. „Die Zeit“ sprach bereits Ende 2018 von einem „Jahr der sozialen Kälte“ in Österreich, die „Süddeutsche“ von „525 Tagen voller Skandale“.

Demgegenüber sah die Unternehmenseite in der gescheiterten Koalition ihre Interessen bestens gewahrt. Für die Industriellenvereinigung beschwor etwa Georg Kapsch künftige Regierungen, den „erfolgreich eingeschlagenen Weg der Standort- und Beschäftigungsstärkung weiterzugehen. Ein ausgeglichenes Budget, die Modernisierung der veralteten Arbeitszeitregelungen, die vorgese-

henen Steuersenkungen oder die Reform der Sozialversicherung – in so kurzer Zeit so viel auf den Weg zu bringen war eine Leistung.“ Doch warum wählen dann gerade auch viele unselbstständig Beschäftigte Parteien, die einen harten Kurs gegen die Interessen von ArbeitnehmerInnen vertreten?

Ist der Zeitgeist heute rechts?

Dass ArbeitnehmerInnen, Frauen und PensionistInnen verstärkt Parteien mit neoliberaler und weit rechts stehender Agenda wählen, ist zunächst weder ein ganz neues, noch ein spezifisch österreichisches Phänomen. Auch bei den jüngsten Landtagswahlen im Osten Deutschlands liefen ArbeiterInnen und Angestellte in Scharen zur AfD über. Die Lega Nord, die neben ihren fremdenfeindlichen Fantasien unter anderem die Einführung einer **Flat Tax** fordert, brach schon 2018 massiv in den ehemaligen roten Hochburgen Italiens durch.

Solche Erfolge einfach auf einen angeblich vorherrschenden rechten Zeitgeist zu reduzieren greift allerdings zu kurz. Das gilt gerade auch für die vergangene Nationalratswahl 2019 in Österreich. Die wichtigsten Themen des Wahlkampfes waren nämlich (laut SORA) keine rechten Dauerbrenner, sondern Umwelt- und Klimaschutz, gefolgt von politischer Korruption, Gesundheit und Pflege sowie Arbeitsplätze und -bedingungen. Erst danach folgten Zuwanderung und Sicherheit.

Das Vertrauen in die politische Lösungskompetenz bei diesen konkreten Themen erscheint demgegenüber als gering, besonders übrigens bei den Rechtsparteien. Nur jeweils 18 Prozent der ÖVP- und FPÖ-WählerInnen (und nur 16 Prozent bei den NEOS) gaben an, dass die Inhalte „ihrer“ Partei das entscheidende Motiv waren, diese zu wählen. Bei der SPÖ waren es demgegenüber 24 Prozent, bei den Grünen 44 Prozent. Überwältigend ist somit die Identifikation aber letztlich mit keiner Partei.

Tiefes Misstrauen

Als eigentlicher „Megatrend“ der letzten Jahre bzw. im Grunde der letzten zwei bis

drei Jahrzehnte erscheint vielmehr ein inzwischen stabiles Misstrauen in „die Politik“. Kontinuierlich vertrauen zumindest 60 bis 70 Prozent den politischen Parteien in Österreich nicht bzw. kaum. Die entsprechenden Spitzenwerte lagen zeitweilig sogar bei über 90 Prozent. Dass „Ibiza“ akut ausgerechnet die ÖVP stärkte, mag zwar paradox wirken. Nicht zu übersehen ist aber auch die neuerliche politische „Demobilisierung“ durch den Skandal: So sank die Wahlbeteiligung auf 75,6 Prozent. Das ist – nach 2013 – der zweithöchste Wert in der Geschichte der Zweiten Republik.

Bemerkenswert erscheint in diesem Kontext aber auch eine im Sommer 2019 erstellte Umfrage der „Kronen Zeitung“, nach der nicht nur die (relative) Mehrheit aller befragten Wahlberechtigten meinte, Österreich entwickle sich in die falsche Richtung. Auch die jeweilige Mehrheit der befragten WählerInnen von ÖVP, FPÖ und SPÖ war dieser Überzeugung.

Richtungswechsel nötig

Gerade aus Gewerkschaftsperspektive sollte dieses Misstrauen keineswegs als unberechtigt abgetan werden. Ganz generell hielten und halten die Interessenvertretungen der ArbeitnehmerInnen schließlich selbst immer wieder fest, dass es einen fundamentalen Richtungswechsel braucht, nämlich eine Abkehr von der neoliberalen Agenda, die Europa beherrscht.

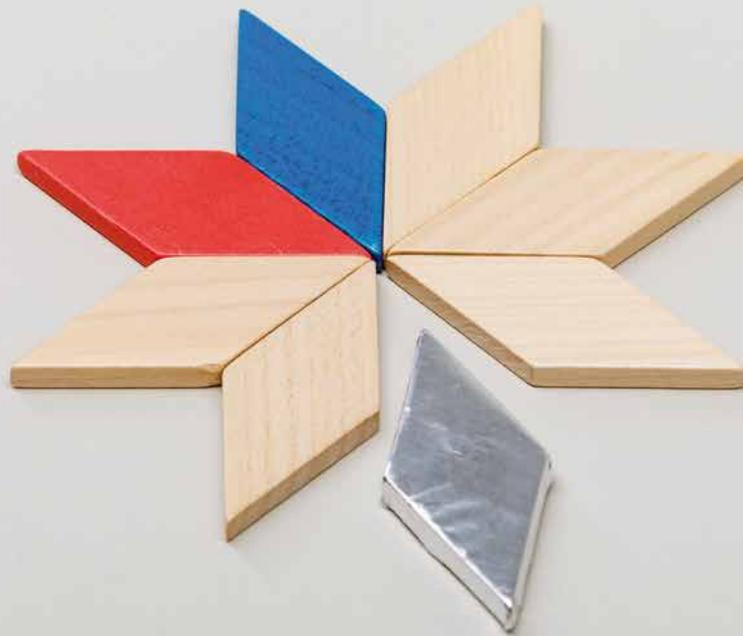
In der Praxis wäre es wohl nötig, an vielen verschiedenen Schrauben zu drehen, um Menschen anders oder neu für Politik zu begeistern. So problematisierte etwa die GPA-djp im Kontext der Nationalratswahlen 2019 unter dem Titel „Wer vertritt unsere Interessen“ zu Recht die soziale Zusammensetzung des Parlaments. Obwohl nach Berufsgruppen betrachtet 81 Prozent der berufstätigen Bevölkerung zu den ArbeitnehmerInnen gehören, sind nur 33 Prozent der ParlamentarierInnen dieser Berufsgruppe zuzurechnen. Fast gleich hoch wie jener der ArbeitnehmerInnen ist der Anteil der Selbstständigen im Parlament (29 Prozent), obwohl diese nur neun Prozent aller Berufstätigen ausmachen.

Das Herz schlägt links

Eine relativ neue Umfrage im Auftrag des „Standard“ zeigt auf, dass sich in der politischen Verortung eine Mehrheit der repräsentativ Befragten als links der Mitte einstuft. Zwischen 2017 und 2019 hat sich dieser Wert sogar noch etwas weiter nach links verschoben. Diese Momentaufnahme erscheint in zweifacher Hinsicht bemerkenswert: erstens vor dem Hintergrund einer in Österreich fast ausschließlich negativen Besetzung des politischen Schlagwortes „links“ durch konservative bzw. rechte Kräfte, nämlich als Kampfbegriff – ähnlich wie „Gutmensch“.

Zweitens vor dem Hintergrund eines oft angenommenen rechten Durchmarsches, den man gegebenenfalls durch Anpassung der eigenen Positionen abschwächen, aber eigentlich nicht aufhalten könne. Letztlich widerspricht auch die politische Erfahrung einer solchen These. An verschiedenen Punkten – Vermögenssteuer, 12-Stunden-Tag etc. – gelang und gelingt es beispielsweise den Interessenvertretungen der ArbeitnehmerInnen immer wieder, die Themenführerschaft zu übernehmen. So wurde an dieser Stelle beispielsweise immer wieder darauf hingewiesen, dass es auch in Österreich solide Mehrheiten für Vermögenssteuern gibt, die in der Regel über zwei Drittel Zustimmung liegen. Ebenso orteten Medien – konkret das „Profil“ – 2018 nicht nur eine breite Ablehnung des 12-Stunden-Tags, sondern auch eine Mehrheit, die selbst Streiks gegen diese Verschlechterung als gerechtfertigt betrachtete. Und laut einer Umfrage der AK Oberösterreich sind 36 Wochenstunden die Wunscharbeitszeit der ArbeitnehmerInnen. Gefordert wird deshalb eine deutliche Verkürzung der Wochenarbeitszeit. Hier zeigt sich an unterschiedlichen Stellen zumindest das Potenzial, in der Zukunft nicht nur „Politik für die vielen“ einfordern, sondern auch immer wieder aktiv gestalten zu können.

Schreiben Sie Ihre Meinung an den Autor
johnevers@gmx.net
 oder an die Redaktion
aw@oegb.at



Wer keine Wahl hat

Längst nicht allen Menschen in Österreich verleiht das Wahlrecht eine Stimme. 1,2 Millionen Menschen, die hier leben, waren bei der Nationalratswahl nicht wahlberechtigt.

Sophia Fielhauer und Christian Resei
Freie JournalistInnen

Österreich ist eine demokratische Republik. Ihr Recht geht vom Volk aus.“ Mit diesen Worten beginnt die österreichische Verfassung. Auch die Grundsätze des österreichischen Wahlrechts sind dort festgelegt. Darin steht zudem: Alle österreichischen StaatsbürgerInnen haben das Recht, zu wählen (aktives Wahlrecht) und gewählt zu werden (passives Wahlrecht), sobald sie das Wahlalter erreicht haben: unabhängig von Geschlecht, Klasse, Besitz, Bildung, Religionszugehörigkeit etc.

Allein, nicht jeder Einwohner bzw. jede Einwohnerin dieses Landes kann dieses Wahlrecht auch tatsächlich ausüben. Der gebürtige Kroatte Boris Radojkovic etwa. Er lebt seit bald 30 Jahren in Wien, hat hier studiert, arbeitet als

Architekt und ist mit einer Salzburgerin verheiratet. In fünf Jahren darf seine heute elfjährige Tochter wählen gehen, sein siebenjähriger Sohn in neun Jahren. Vermutlich wird ihr Papa auch dann noch den Wahl-Zaungast geben müssen.

Dabei hat der Wahlwiener noch den Vorzug, EU-Bürger zu sein – damit ist Radojkovic wie alle nicht-österreichischen EU-BürgerInnen immerhin bei Gemeinderats- (bzw. Wiener Bezirksvertretungs-) und Europawahlen wahlberechtigt. Anlässlich der EU-Wahl am 26. Mai hat er seine Stimme abgegeben. „Aber das reicht mir nicht, natürlich will ich auch gerne bei den Nationalratswahlen mitstimmen.“

Wie gewonnen, so ...

Es gab durchaus schon Versuche, AusländerInnen eine Stimme zu geben: Im De-

zember 2002 wurde das Wahlrecht auf Wiener Bezirksebene für Nicht-EU-AusländerInnen – die seit zumindest fünf Jahren ihren Hauptwohnsitz in Wien hatten – beschlossen (SPÖ/Grüne). Doch bereits im Juni 2004 wurde diese Regelung vom Verfassungsgerichtshof (VfGH), angerufen durch FPÖ und ÖVP, wieder aufgehoben. „Unser Wahlsystem bildet längst nicht mehr die Gesellschaft ab“, erklärt Politikwissenschaftlerin Tamara Ehs, die Politische Bildung für ErstwählerInnen sowie im Lehramtsstudium an der Universität Wien unterrichtet. Aktuell entwickelt sie an der Österreichischen Akademie der Wissenschaften das Online-Tool wahlkabine.at für Nicht-Wahlberechtigte.

„Auf Nationalratsebene haben wir 1,2 Millionen Menschen im Wahlalter, die nicht wahlberechtigt sind“, kritisiert Ehs. „Rund 700.000 davon haben eine EU-Staatsbürgerschaft.“ Das sind rund

15 Prozent aller in Österreich lebenden Menschen, was etwa den gesamten Wahlberechtigten im Burgenland, in Tirol und Vorarlberg entspricht. Noch extremer ist das Verhältnis in Wien: Weil sie keinen österreichischen Pass besitzen, sind hier 29,5 Prozent der Bevölkerung im wahlfähigen Alter von Nationalratswahlen ausgeschlossen – knapp jeder dritte Mensch.

Immerhin 60 Prozent der Menschen, die ohne österreichische Staatsbürgerschaft hier leben, sind schon länger als fünf Jahre im Land. Ganze 15 Prozent aller in Österreich lebenden AusländerInnen sind sogar hier geboren. Allerdings, weiß Experte Ehs: „In Österreich gilt das Abstammungsprinzip, Kinder erben also die Staatsbürgerschaft ihrer Eltern.“ Das heißt: Sind die Eltern etwa gebürtige Türken, werden ihre Kinder automatisch zu türkischen StaatsbürgerInnen, obwohl sie das Heimatland ihrer Eltern vielleicht nur einmal jährlich in den Ferien besuchen. Eine Doppelstaatsbürgerschaft ist nur in wenigen Ausnahmefällen möglich. Dieser Umstand hat durchaus politische Folgen: „Wir reden von MitbürgerInnen, die hier beruflich und privat verwurzelt sind, ohne aber mitbestimmen zu können“, hält Ehs fest.

Städte unterrepräsentiert

Weil es die Menschen auf der Suche nach einem besseren Leben, beruflicher Etablierung und wirtschaftlichem Erfolg vorrangig in die Städte zieht, ist der migranische Bevölkerungsanteil in Wien, Graz, Linz und Innsbruck um einiges höher als in den ländlichen Gebieten. Diese Tatsache führte bei den vergangenen Nationalratswahlen vom 29. September 2019 zu Verzerrungen, denn die in der Stadt lebende Bevölkerung wurde unterproportional abgebildet.

Die 183 Sitze im Nationalrat werden auf die Bundesländer verteilt. Für die Zuteilung ist die Anzahl der österreichischen Staatsangehörigen im Bundesland entscheidend. Deshalb wurden bei den letzten Wahlen 32 Sitze für Wien und 36 für Niederösterreich vergeben. So weit, so gerecht, scheint es. Doch obwohl in Wien die meisten Menschen leben, lebt in Niederösterreich eine größe-

re Anzahl an dort sesshaften österreichischen StaatsbürgerInnen. „Ein Neugeborenes aus Niederösterreich wird gezählt, ein seit zehn Jahren in Wien lebender 40-jähriger Deutscher wird in der Zählung nicht berücksichtigt“, erklärt Tamara Ehs. Würden aber alle Menschen, die dauerhaft in Österreich leben, im Parlament repräsentiert, dann hätte Wien sechs Mandate mehr und Niederösterreich drei weniger.

Die wirklichen WahlverliererInnen

Die größte Gruppe der Bevölkerung, die nicht wählen darf, sind in Österreich lebende AusländerInnen unter 40 Jahren. Beispielhaft ist hier Rudolfsheim-Fünfhaus, der 15. Wiener Gemeindebezirk verfügt über den höchsten AusländerInnenanteil. Hier leben mehr als 9.000 Menschen zwischen 16 und 24 Jahren, wovon beinahe die Hälfte keine österreichische Staatsbürgerschaft besitzt. Ihnen gegenüber stehen bloß vier Prozent nicht-österreichische StaatsbürgerInnen über 60 Jahren. „Die österreichische Wählerschaft ist gegenüber der tatsächlich hier lebenden Bevölkerung überaltert“, weiß Politikwissenschaftlerin Ehs. Vor allem jüngere Menschen und StädterInnen sind in der Wählerschaft völlig unterrepräsentiert. „Wir wissen auch, dass Städte anders wählen als Landgemeinden“, macht Tamara Ehs deutlich. „Sie wählen in der Regel linker, grüner und liberaler.“ Würde das Wahlsystem diese Menschen einschließen, wären vielleicht andere Koalitionsvarianten als derzeit im Parlament möglich.

Zudem ist das Interesse am politischen Geschehen bei den „Ausgeschlossenen“ durchaus vorhanden. Das zeigen die langen Schlangen bei der „Pass-egal-Wahl 2019“ (www.sosmitmensch.at), die heuer erstmals in allen neun Bundesländern stattfand. Hier votierte jede/r Zweite der fast 3.000 TeilnehmerInnen (plus 1.000 Solidaritätsstimmen österreichischer StaatsbürgerInnen) für die Grünen, 27,5 Prozent wählten die SPÖ, ÖVP und FPÖ verpassten bei dieser Wahl den Einzug ins Parlament. Freilich ist das Ergebnis nicht repräsentativ für die Gesamtheit der Menschen ohne österreichischen Pass, betonten die VeranstalterInnen –

es sei nur ein Stimmungsbild. Es ist auch zu ergänzen, dass Studien zeigen, dass MigrantInnen und Mehrheitsbevölkerung einander im Laufe der Zeit immer ähnlicher werden: Je wohlhabender sie sind, desto geringer ist der Unterschied.

Wie steht es nun um die Mitbestimmung in der Arbeitswelt bzw. bei den AK-Wahlen? Die Veränderungen in der Arbeitswelt haben ihre Spuren hinterlassen. Viele in Österreich beschäftigte ArbeitnehmerInnen sind prekär beschäftigt oder arbeiten als freie DienstnehmerInnen. Bei den AK-Wahlen sind nicht nur sie, sondern auch GrenzgängerInnen wahlberechtigt. Dass die ArbeitnehmerInnen heterogener geworden sind, hat Folgen: „Eine Belegschaft steht heute nicht mehr geschlossen in der Fabrik und lässt sich dadurch schwerer organisieren. Heute arbeiten viele vereinzelt oder in Betrieben, die weniger organisiert sind“, weiß Politikwissenschaftlerin Ehs. Wenn es keinen Betriebsrat in der Firma gibt, fehlt oft jemand, der den MitarbeiterInnen den Nutzen einer AK-Wahl darlegen kann.

Politischer Wille

Mit dem nötigen politischen Willen könnte das allgemeine Wahlrecht freilich auch adaptiert werden. „Gerade in Zeiten der Mobilität sollte darüber nachgedacht werden“, erklärt die Expertin. Neben dem freien Waren-, Geld- und Dienstleistungsverkehr gehört der freie Personenverkehr zu den **vier Freiheiten** in der Europäischen Union. Tamara Ehs: „Doch Menschen, die mobil sind, werden für diese Mobilität derzeit bestraft.“ Boris Radojkovic ist über die wenig zeitgemäßen Wahlverhältnisse durchaus verärgert: „Meine Staatsbürgerschaft würde ich nicht tauschen, um hier wählen zu dürfen – ich habe ja auch eine emotionale Bindung zu Kroatien. Allerdings würde ich meinen Pass gegen einen EU-Pass eintauschen“, regt er einen geistigen Grenzabbau an. Seine Vision: „Ich bin für die Auflösung der Staatsbürgerschaften innerhalb der EU. Ähnlich den Bezirken, würde ich dann meine RepräsentantInnen in meinem Wohngebiet wählen.“

Weltweit mehr Wahl

Weltweit gibt es durchaus Ansätze, ausländische Staatsangehörige in die politische Willensentscheidung zu integrieren. In Neuseeland wie auch in Chile, Uruguay und Malawi gibt es ein AusländerInnenwahlrecht. Wahlrechtsexpertin Ehs: „In Neuseeland sind Menschen nach einem Jahr legalem Aufenthaltsstatus berechtigt, das Parlament mitzuwählen.“ Es zeigt sich, wie Integration dadurch positiv beeinflusst wird: „Wenn Menschen über mehr Teilhaberechte verfügen, wirkt sich das stark auf die Inklusion und das Wir-Gefühl aus.“ Neuseeland definiert sich als Einwanderungsland und als sehr pluralistische Gesellschaft – seinen Anteil zu leisten gehört schlicht zum Leben dazu. „Das Wahlrecht wird nicht als Geschenk betrachtet, sondern steht am Beginn der Integration“, erklärt Ehs. „Das ist ein ganz anderes Verständnis von Bürgerschaft.“

Die Öffnung beschränkt sich für AusländerInnen allerdings auf das aktive Wahlrecht – als Abgeordnete können MigrantInnen nicht ins Parlament gewählt werden.

In Österreich wird die Staatsbürgerschaft immer noch als Belohnung verstanden – als positiver Abschluss eines langen Integrationsweges. Dazu müssen Wohlverhalten und die Eingliederung in das Staatswesen über Jahre hinweg bewiesen werden. Deutschkenntnisse sind nachzuweisen, ein Staatsbürgerschafts-Test ist zu bestehen, die BewerberInnen müssen zeigen, wie gut sie über österreichische Kultur, Geschichte und Politik Bescheid wissen.

Eine Stimme ist auch kostspielig

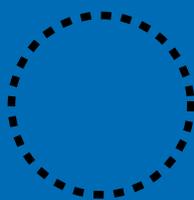
Wie Boris Radojkovic nehmen die sogenannten AusländerInnen am öffentlichen Leben in Österreich teil: „Es gibt Lebensschwerpunkte – ich arbeite in

Wien, habe meine Familie und meine Freunde hier.“ Wer dauerhaft seinen Lebensmittelpunkt in einem Land hat und den jeweiligen Gesetzen unterworfen ist, sollte nach seinen Demokratievorstellungen auch einen Anteil an der Gestaltung des Staates haben. „Es lässt sich natürlich darüber diskutieren, wie der dauerhafte Lebensmittelpunkt definiert ist“, erklärt Tamara Ehs. Etwa, wie lange ein Mensch in Österreich gelebt haben muss, um politische Teilhabe auszuüben. Oder darüber, wer nicht wählen dürfte. Beispielsweise Menschen, die bloß auf der Durchreise oder auf Montage sind, ein Praktikum oder Auslandssemester absolvieren.

Ferner könnte auch ein Staatsbürgerschaftswechsel erleichtert werden. Derzeit birgt dieser beträchtliche ökonomische Hürden: Bundes- und Landesabgaben (mehr als 1.000 Euro) sind zu leisten, dazu muss ein ökonomischer Leistungsnachweis erbracht werden. Wer einen österreichischen Pass besitzen will, benötigt 933 Euro netto pro Monat – Lebenshaltungskosten wie Miete, Unterhalt, Kreditraten etc. sind darin nicht eingeschlossen.

„Wir kennen Zahlen, die belegen, dass sich 40 Prozent aller ÖsterreicherInnen, die es von Geburt an sind, die Staatsbürgerschaft eigentlich gar nicht leisten könnten“, macht Tamara Ehs bewusst. „Das heißt, wir schließen Menschen aufgrund ihrer Armut oder Armutsgefährdung von der Staatsbürgerschaft aus. Und damit auch vom Erwerb des Wahlrechts.“ Umkehrschluss: Wer sich leisten kann, um eine Staatsbürgerschaft anzuschauen, hat ein höheres Einkommen – und diese höheren Einkommenschichten wählen tendenziell konservativer.

Von den Wahlen ausgeschlossen



Österreich 15%

Wien 29,5%

Schreiben Sie Ihre Meinung an die Autoren
resei@gmx.de
 oder an die Redaktion
aw@oegb.at

Nicht zuletzt

von

Korinna Schumann
ÖGB-Vizepräsidentin und
Frauenvorsitzende

Still a Man's World?

Frauen haben in den vergangenen Jahrzehnten viel erreicht. Der Anteil von Frauen in Beschäftigung ist stark gestiegen, bei den Bildungsabschlüssen haben sie die Männer sogar überholt. Deutschland wird seit 14 Jahren von einer Frau regiert, bei der Europäischen Kommission ist es demnächst auch so weit. Auch in Österreich werden Parteien, Fraktionen und Länder von Frauen geführt, aber nichtsdestotrotz gilt immer: Die Strukturen sind von Männern geprägt.

Obwohl Frauen mehr als die Hälfte der österreichischen Bevölkerung ausmachen, sind sie in Entscheidungspositionen und in der Politik längst noch keine Selbstverständlichkeit. Im Nationalrat, dem größten politischen Gremium, sitzen aktuell nur 72 Frauen. Im Vergleich dazu sind es 111 Männer. Auch der mögliche Bonus von drei Prozent bei der Klubförderung kann nicht von allen Parteien abgeholt werden, weil der Frauenanteil von 40 Prozent nicht erreicht wird.

Wichtig: Bewusstsein schaffen

Um die Gleichberechtigung auch in der Politik zu erreichen, sind Quoten ein sinnvolles Instrument – aber leider kein Universalmittel. Denn die Gründe für die politische Ungleichheit liegen viel tiefer verwurzelt in den traditionellen gesellschaftlichen Machtstrukturen, die

überall zu finden sind – in der Politik, am Arbeitsmarkt, in der Verteilung von bezahlter und unbezahlter Arbeit. Hier gilt es, an einer Bewusstseinsänderung zu arbeiten. Denn in den politischen Gremien werden Entscheidungen getroffen, die unser aller Leben beeinflussen.

Frauen haben andere Lebenserfahrungen und Perspektiven als Männer und bringen damit eine differenzierte Sichtweise, die die politischen Diskussionen und Entscheidungen bereichern und durch die die Lebenssituation von Frauen verbessert werden kann. Zahlreiche Studien und praktische Erfahrungen zeigen, dass Politikerinnen andere Schwerpunkte setzen und bestimmten Themen mehr Raum geben, wie etwa der Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

Leere Worte statt Taten

Doch nicht nur das Fehlen von Frauen in der Politik ist hierzulande ein Problem. Auch den frauenpolitischen Themen wird trotz ihrer Dringlichkeit oft nicht die nötige Bedeutung beigemessen. Vor allem die ehemalige türkis-blaue Regierung hat sich hier nicht fortschrittlich gezeigt, sondern alte Rollenbilder wieder bemüht.

Das ist in vielerlei Hinsicht unverständlich. Denn Frauen in Österreich haben mit vielen Ungerechtigkeiten zu kämpfen. Da wäre zum Beispiel das

Thema Geld. Während ihres Erwerbslebens verdienen Frauen weniger als ihre männlichen Kollegen, und ihre Pensionen sind um fast die Hälfte niedriger als jene der Männer. Zum Leben reicht das oft nicht aus, und Armutsgefährdung, besonders im Alter, ist vorprogrammiert.

Seitens der Politik herrschte hier Stillstand. Die ehemalige Frauenministerin sprach zwar viel über Einkommensungerechtigkeit, konkrete Umsetzungsschritte blieben jedoch aus.

Frauen haben ein Recht auf gerechte Bezahlung, und sie müssen echte Wahlfreiheit haben, wie sie ihr Leben gestalten. Ganz wesentlich ist hier die Forderung nach dem Anspruch auf einen Gratis-Kinderbildungsplatz, der Vollzeitarbeit ermöglicht. Ebenso darf die Herausforderung der Pflege älterer Angehöriger nicht grundsätzlich zur „Frauensache“ erklärt werden. Noch immer sind Frauen zum Großteil für die Sorgearbeit zuständig. Aus diesem Grund arbeiten viele nur in Teilzeit.

Welchen Stellenwert Frauen und Frauenpolitik in der künftigen Regierung haben werden, ist noch offen. Eines ist aber klar: Erst dann, wenn Frauen – sei es in der Politik, am Arbeitsmarkt oder in der Gesellschaft – die gleichen Chancen, Möglichkeiten und Zugänge haben, erst dann können wir von einer echten Geschlechtergerechtigkeit sprechen. Und davon sind wir meilenweit entfernt.



Highlights aus dem awblog.at,
der digitalen Ergänzung zur Print-
ausgabe der „Arbeit&Wirtschaft“.

Digitalisierung erhöht Vermögensungleichheit

Miriam Rehm, Matthias Schnetzer

Mit der Digitalisierung, der wachsenden Bedeutung von Technologieunternehmen und deren starker Finanzmarktorientierung verschärft sich die ungleiche Verteilung von Vermögen. Die reichsten fünf Prozent der Bevölkerung profitieren besonders von steigenden Dividenden und Aktienkursen der Tech-Konzerne. Die digitale Transformation der Wirtschaft kann aber auch zum Wohle der Gesellschaft gestaltet werden.

Eine AK-Untersuchung hat den Zusammenhang zwischen Digitalisierung, Marktkonzentration, Finanzmarktorientierung und Vermögensungleichheit untersucht. Sie unterstreicht die Relevanz politischer Maßnahmen gegen die negativen Begleiterscheinungen einer zunehmend digitalisierten Wirtschaft. Mögliche erste Schritte sind eine Finanztransaktionssteuer und die vermehrte gesellschaftliche Teilhabe an Unternehmen unter demokratischer Organisation und Kontrolle. Gleichzeitig müssen wir über unterschiedliche Optionen der betrieblichen Mitbestimmung und der Ausgestaltung von Kontrollmechanismen diskutieren.

Lesen Sie mehr:
awblog.at/wie-digitalisierung-vermoegensungleichheit-erhoeht

Demokratiebildung von 0 bis 100

Elke Larcher

Waren früher Zeitungen und Nachrichtensendungen für politische Diskussionen und Meinungsbildung entscheidend, sind es heute soziale Netzwerke und Online-Medien. Die Abgrenzung von Information, Meinung und Fake News wird damit wichtiger. Die Gefahr, kein breites Meinungsspektrum kennenzulernen wird größer. Dies ist ein Auftrag für Medienbildung an Schulen und politische Erwachsenenbildung.

Es braucht eine Kultur der breiten Teilhabe und Verantwortung, vom Kindergarten über die betriebliche Mitbestimmung bis ins hohe Alter. Damit Demokratie gelebt werden kann, braucht es Institutionenwissen genauso wie Kompetenzen für Teilhabe und Einfluss. Politische Bildung in der Demokratie ist und bleibt eine permanente Aufgabe und ein lebenslanger Prozess. Sie umfasst die Elementarbildung, die schulische politische Bildung, die außerschulische Jugendarbeit und die politische Erwachsenenbildung. Und letztlich geht es auch darum, echte Mitsprache und gelebte Demokratie in der Arbeitswelt und im Wirtschaftssystem zu etablieren.

Lesen Sie mehr:
awblog.at/demokratiebildung-von-0-bis-100

Wenn Ihnen ein Blogbeitrag gefällt, belohnen Sie uns und die Autorinnen und Autoren doch damit, dass Sie den Beitrag per Facebook, Twitter, E-Mail oder – ganz klassisch – per Mundpropaganda an interessierte Menschen weitergeben!

Wir freuen uns, wenn Sie uns abonnieren:

awblog.at

Sie finden uns auch auf Facebook & Twitter
facebook.com/arbeitswirtschaft & twitter.com/AundW

Aus AK und Gewerkschaften

ÖGB

ÖGB fordert sozial gerechte Umweltsteuern

Diese dürfen nicht auf Kosten der ArbeitnehmerInnen gehen, die ohnehin bereits 80 Prozent der Steuern bezahlen.

Die Klimakrise schreitet weiter voran, und der Druck auf die Politik steigt. Dass unser Steuersystem gerechter und ökologischer werden muss, steht außer Frage. Neue Umweltsteuern dürfen allerdings nicht auf Kosten der ArbeitnehmerInnen gehen, die ohnehin bereits 80 Prozent der Steuern bezahlen. „Vor der Einführung neuer Steuern braucht es immer zuerst eine marktfähige Alternative, um ein gewünschtes Verhalten hervorzurufen“, betont ÖGB-Steuerexperte Georg Kovarik.

Bei einer CO₂-Steuer besteht sonst beispielsweise die Gefahr, dass die Steuer erneut in erster Linie die untersten Bevölkerungsschichten belastet, die berufsbedingt auf ihr Auto angewiesen sind. Um die Menschen vom Auto wegzubringen, muss

man ihnen gute umweltfreundliche Alternativen und Anreize bieten – neue Steuern oder Verbote allein werden nicht den gewünschten Lenkungseffekt bringen.

Der ÖGB fordert daher von der kommenden Bundesregierung unter anderem den Ausbau des öffentlichen Verkehrsnetzes, vor allem in ländlichen Gebieten. Der Güterverkehr muss von der Straße auf die Schiene verlegt werden. Auch braucht es eine flächendeckende Lkw-Maut, um das Ausweichen in Wohnorte zu stoppen. Um den Verkehr nachhaltiger gestalten zu können, müssen Alternativen zum Individualverkehr entwickelt werden, beispielsweise Car-Sharing und Sammeltaxis. Die Steuer-subsidien für den internationalen Flug- und Schiffsverkehr müssen gestri-

chen werden. Zudem braucht es Investitionen in nachhaltige Energieformen.

Sollte Österreich das Pariser Klimaziel nicht schaffen, die Erderwärmung bis zum Jahr 2030 auf unter 2 Grad Celsius zu begrenzen, drohen Strafzahlungen in Milliardenhöhe. Dieses Geld könnte – und sollte – wirksamer in effektive Klimaschutzmaßnahmen investiert werden.

Nach dem Earth Strike am 27. September ging der von „Fridays for Future“ organisierte weltweite Klimastreik am 29. November in die nächste Runde. Auch in Österreich fanden wieder zahlreiche Großdemonstrationen und Veranstaltungen statt.

Mehr zum Klimastreik: fridaysforfuture.at

PRO-GE

10 Jahre Produktionsgewerkschaft

Seit ihrer Gründung hat die PRO-GE viel für die ArbeitnehmerInnen erreicht. Es galt aber auch, einige (Rück-)Schläge einzustecken ...

Im Jahr 2019 gründete sich aus der Gewerkschaft Metall-Textil-Nahrung (GMTN) und der Gewerkschaft der Chemiearbeiter (GdC) die neue Produktionsgewerkschaft – kurz PRO-GE. Rainer Wimmer wurde zum ersten Bundesvorsitzenden gewählt und zweimal in Folge in dieser Funktion bestätigt. Die PRO-GE ist seither mit über 230.000 Mitgliedern die größte ArbeiterInnen-Gewerkschaft innerhalb des ÖGB. Was auch nach der Neugründung gleich geblieben ist: Die Mitglieder stehen im Mittelpunkt der Arbeit. So konnte die PRO-GE jedes Jahr für sie rund 30 bis 40 Millionen Euro durch den für Mitglieder kostenlosen Rechtsschutz erstreiten.

Die PRO-GE erkämpft jährlich auch mehrere hundert Millionen Euro an Lohnzuwachs durch die Verhandlung von rund 120 Kollektivverträgen. Im Jahr

2011 erreichte die PRO-GE im Kollektivvertrag Metallindustrie einen Mindestlohn von 1.500 Euro. In der Elektro- und Elektronikindustrie wurde 2013 erstmals die sogenannte „Freizeitoption“ verhandelt. Damit haben die ArbeitnehmerInnen die Möglichkeit, ihre Lohnerhöhung in freie Tage umzuwandeln, sofern es dazu eine Betriebsvereinbarung gibt. Seither wurde die Freizeitoption noch in einigen anderen Kollektivverträgen vereinbart.

Trotz massiven Widerstands und einer Großdemo Ende Juni 2018 mit 100.000 TeilnehmerInnen führte die türkis-blaue Regierung mit 1. September 2018 eine gesetzliche Ausweitung der Höchstarbeitszeit auf zwölf Stunden täglich und 60 Stunden wöchentlich ein. Laut einer Erhebung 2019 ist seither in jedem dritten Unternehmen der 12-Stunden-Tag Realität. Arbeiterkammer und Gewerkschaften sind

nach wie vor strikt gegen dieses rückschrittliche Arbeitszeitgesetz.

Bei den Kollektivvertragsverhandlungen in der Metallindustrie wird 2019 der Mindestlohn von 2.000 Euro erreicht. Nur im Kollektivvertrag der Mineralölindustrie konnte dieser hohe Mindestlohn bereits erreicht werden. Insgesamt lag der Mindestlohn Ende Oktober 2019 in 70 Kollektivverträgen bei 1.500 Euro oder darüber, Stufenpläne zur Anhebung auf 1.500 Euro gab es zu diesem Zeitpunkt in 23 Kollektivverträgen.

Die Bilanz der letzten zehn Jahre zeigt auch, dass Solidarität, Zusammenhalt und füreinander einstehen noch lange nicht ausgedient haben. Die Geschichte der ArbeiterInnenbewegung ist ein Paradebeispiel dafür, was erreicht werden kann, wenn sich Menschen zusammentun und gemeinsam für etwas kämpfen. Glück auf!

Man kann nicht alles wissen ...

15-M-Bewegung: Bezeichnung für eine Serie von Demonstrationen in Spanien, die am 15. Mai 2011 begann und hauptsächlich über soziale Netzwerke organisiert wurde. Die Demonstrierenden waren keinem bestimmten politischen Lager zuzuordnen. Sie fühlten sich vom herrschenden Zweiparteiensystem (Partido Popular und Partido Socialista Obrero Español) nicht repräsentiert. Neben der hohen Jugendarbeitslosigkeit wurde vor allem kritisiert, dass für die Regionalwahlen im Mai auf den Listen beider Parteien zahlreiche Politiker antraten, die der Korruption beschuldigt und teilweise dafür verurteilt worden waren. 2014 entstand daraus die Partei Podemos. (Seite 17)

Altersteilzeit: ArbeitnehmerInnen können bis zu fünf Jahre vor dem Regelpensionsalter ihre Arbeitszeit um 40 bis 60 Prozent verringern. Für die verringerte Arbeitszeit erhalten sie einen Lohnausgleich in Höhe von 50 Prozent der Differenz zum bisherigen Entgelt. Die ArbeitgeberInnen zahlen die Sozialbeiträge weiter wie bisher. Voraussetzungen: Mindestens 15 Jahre sozialversicherungspflichtige Beschäftigung in den letzten 25 Jahren; drei Jahre Mindestbeschäftigungsdauer; das Beschäftigungsausmaß im letzten Jahr vor Beginn der Altersteilzeit darf höchstens 40 Prozent unter der gesetzlichen bzw. kollektivvertraglichen Arbeitszeit liegen. Somit können auch Teilzeitbeschäftigte eine geförderte Altersteilzeit in Anspruch nehmen. Für die Altersteilzeit besteht kein Rechtsanspruch, die ArbeitgeberInnen müssen also zustimmen. (Seite 38)

Benko, René: österreichischer Unternehmer und Investor im Immobilien-, Medien- und Handelsbereich, geb. 1977, der Tiroler zählt zu den reichsten ÖsterreicherInnen. 1999 gründete er das Immobilienunternehmen Immofina, aus dem 2006 die Signa Holding (siehe unten) wird. Ende 2017 kaufte Benko über seine Privatstiftung und mithilfe des Bundeskanzlers das Leiner-Haus auf der Mariahilfer Straße. Im Herbst 2019 übernahm er den Großteil des insolventen Reiseveranstalters Thomas Cook. (Seite 26)

Bronner, Oscar: österreichischer Zeitungsgründer und Herausgeber, geb. 1943; gründete die Nachrichtenmagazine „trend“ und „profil“. Nach deren Verkauf lebte der in Palästina geborene Sohn des Kabarettisten Gerhard Bronner von 1974 bis 1986 als Maler in New York. 1988 gründete er nach dem Vorbild der „New York Times“ die Tageszeitung „Der Standard“, dessen Herausgeber er bis heute ist. (Seite 26)

Dark Post: Posting bei Facebook, das in der Chronik des eigentlichen Absenders nicht erscheint und in der Regel Teil einer Werbekampagne ist. Dark Post sind lediglich als „gespon-

serter Beitrag“ in der Timeline der Zielgruppe zu sehen und kann entweder ein Link, ein Foto, eine Statusaktualisierung oder ein Angebot sein. (Seite 29)

Dasch, Max: österreichischer Verleger und Herausgeber der „Salzburger Nachrichten“, geb. 1946; übernahm 1982 nach dem Tod seines Vaters Max Dasch sen. die Herausgeberschaft der SN. Ab 1989 erschien die Zeitung österreichweit. (Seite 26)

Deutsch, Julius: sozialdemokratischer österreichischer Politiker (1884–1968); anfangs im Zentralsekretariat der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei (SDAP) tätig, wurde der Jurist 1914 Redakteur der „Arbeiterzeitung“. Deutsch zählte zu den wenigen Politikern, die von Anfang an gegen den Krieg waren. Während seines Kriegsdienstes war er politisch tätig, u. a. als Soldatenvertreter an der italienischen Front. Nach 1918 zählte er zu den führenden sozialdemokratischen Politikern, 1923 gründete Deutsch den Republikanischen Schutzbund als Gegengewicht zu den christlich-sozialen Heimwehren. Vor der Emigration 1939 kämpfte Deutsch als General im Spanischen Bürgerkrieg. 1946–1951 leitete er den Vorwärts-Verlag, spielte politisch in der SPÖ aber keine große Rolle mehr. (Seite 4)

Flat Tax: einheitlicher Einkommens- bzw. Lohnsteuertarif ohne Progression; das bedeutet, dass der Steuersatz für alle Einkommensklassen gleich hoch ist. (Seite 39)

Freie Gewerkschaften: Bezeichnung für die sozialdemokratisch orientierte Gewerkschaftsrichtung in den österreichischen Ländern bzw. ab 1918 in der Republik Österreich. Anlässlich des ersten österreichischen Gewerkschaftskongresses 1893 wurde die Reichskommission der Freien Gewerkschaften als Dachorganisation gegründet, ab 1928 nannte sich der Dachverband „Bund Freier Gewerkschaften“. Er wurde 1934 verboten. (Seite 4)

Grassroots Movement: englische Bezeichnung für eine politische oder gesellschaftliche Initiative (Graswurzelbewegung), die aus der Basis der Bevölkerung entsteht. (Seite 17)

Lohn- und Sozialdumping-Bekämpfungsgesetz: 2011 erhielten Estland, Lettland, Litauen, Polen, Slowakei, Slowenien, Tschechien, Ungarn nach einer Übergangsfrist freien Zugang zum europäischen Arbeitsmarkt. Auch aus diesem Anlass trat zeitgleich das LSDB-G in Kraft. Die Ziele waren, Sozialbetrug zu verhindern, für ArbeitnehmerInnen das ihnen zustehende Einkommen zu sichern sowie einen fairen Wettbewerb zwischen den Unternehmen zu ermöglichen. Das LSDB-G

ermöglicht, Unterbezahlung, Scheinselbständigkeit u. Ä. mit Verwaltungsstrafen zu sanktionieren. Kontrolliert wird von den jeweils zuständigen Krankenkassen in Zusammenarbeit mit der Finanzpolizei. (Seite 37)

Moser Holding AG: Viertgrößtes Medienunternehmen Österreichs (nach ORF, Mediaprint und Styria) mit Sitz in Innsbruck; spezialisiert auf den Bereich Regionalmedien. Unter dem Dach der Regionalmedien Austria und Oberösterreichischen BezirksRundschau sind österreichweit insgesamt 129 regionale Zeitungen und zahlreiche Onlineportale vereint. (Seite 26)

Russmedia: 1919 erwarb Eugen Ruß die Druckerei und den Verlag der Vorarlberger Landeszeitung (später: „Vorarlberger Nachrichten“). Heute ist Russmedia ein international tätiges Medienunternehmen mit Sitz in Schwarzach; Geschäftsführer ist sein Enkel Eugen Russ. Sämtliche Vorarlberger Tageszeitungen und Antenne Vorarlberg gehören Russmedia. (Seite 26)

Signa-Immobilien-Holding: Die von René Benko gegründete Signa Holding ist Österreichs größtes privates Immobilienunternehmen, das auch im großen Maßstab in Deutschland und Norditalien tätig ist. In den letzten Jahren hat sich die Signa Holding zusätzlich im Handelssektor engagiert, mit dem Erwerb von Karstadt, Kika/Leiner, zahlreichen Online-Retailern und Galeria Kaufhof etabliert. Ende 2018 stieg Signa mit jeweils fast 25 Prozent bei „Krone“ und „Kurier“ ein. (Seite 26)

Skill: Fertigkeit, Kompetenz (Seite 27)

Taylor, Charles: kanadischer Politikwissenschaftler und Philosoph, geb. 1931; Themen von Taylors Forschung sind Moralphilosophie, Liberalismus, das Konzept der multikulturellen Gesellschaft und zuletzt auch Religionsphilosophie. In seinem Hauptwerk Quellen des Selbst versucht Taylor die für das Selbst- und Weltverständnis wesentlichen moralischen Quellen der Neuzeit zu rekonstruieren, deren Leugnen er für die Fehlentwicklungen der Moderne verantwortlich macht und die deshalb zurückgewonnen werden müssten. (Seite 16)

Vier Grundfreiheiten der EU: Der freie Warenverkehr, Personenfreizügigkeit, Dienstleistungsfreiheit sowie freier Kapital- und Zahlungsverkehr bilden die Grundlage des Europäischen Binnenmarkts. In vollem Umfang sind diese Freiheiten allerdings bis heute nicht von allen Mitgliedstaaten umgesetzt. (Seite 41)

Wagner, Richard Robert: österreichischer Volksbildner, Gewerkschafter und Autor (1888–1941), 1938 flüchtete er nach Jugoslawien und schloss sich Titos Partisanenbewegung an. (Seite 4)

NEU



Wen kümmert's?

Die (un-)sichtbare Sorgearbeit in der Gesellschaft

Elisa Tomaselli (Hrsg.)

172 Seiten / EUR 19,90 / ISBN 978-3-99046-433-5

Wir helfen, begleiten, pflegen, erziehen und unterstützen. Das Sorgen um andere ist fester Bestandteil unserer menschlichen Existenz. Viele leisten sie gratis, andere in Form von Lohnarbeit: Ein Großteil der sorgenden Arbeit wird in Österreich von Frauen verrichtet. Der Sozial- und Pflegebereich sowie der unsichtbare Bereich der Hausarbeit sind weiblich. Und schlechter oder gar nicht bezahlt. Das Buch beleuchtet mit unterschiedlichen Reportagen Seiten der Sorgearbeit, die bislang nur wenig Beachtung fanden. Unter anderem beschäftigt sich Sibylle Hamann mit der Frage, ob die Niederlande ein nachhaltiges Pflegemodell gefunden haben. Manuela Tomic begleitet eine Familienhelferin in ihrem Arbeitsalltag, und Benjamin Breitegger schaut sich den Verein Poika an, der gendersensible Workshops für Kinder anbietet.

Neues Design
&
verbessertes
Einkaufs-
erlebnis!



OGB VERLAG | SHOP

Für Arbeit, Recht, Soziales

shop.oegbverlag.at

Alle Bestellungen österreichweit
versandkostenfrei!



Die Unternehmer?



WER HAT DAS WEIHNACHTSGELD ERFUNDEN?



LÖSUNG: DIE GEWERKSCHAFTEN

DAFÜR

ÖGB

Das Weihnachtsgeld wurde von den Gewerkschaften erkämpft. Es steht in keinem Gesetz, sondern ist in deinem Kollektivvertrag verankert. Dafür sind wir da. www.oegb.at

Ein Ersuchen des Verlages an den/die BriefträgerIn:
Falls Sie diese Zeitschrift nicht zustellen können, teilen Sie uns bitte hier den Grund und gegebenenfalls die neue oder richtige Anschrift mit

AW

Straße/Gasse Haus-Nr./Stiege/Stock/Tür

Postleitzahl Ort Besten Dank